

ENERGIE- INFO

Berichte und Nachrichten aus dem Energiebereich

Liebe Leserinnen und Leser,

unglaublich, aber wahr! Die Energie-Info befindet sich im 21. Jahr ihres Erscheinens. Wenn ich mir so die ersten Ausgaben anschau.....“Info, wie hast du dir verändert!“

Wer Veränderungen vorschlagen möchte oder Kritik und / oder Anregungen hat: Meinungen bitte an meine neue Email-Adresse (siehe S.4).

Michael Carl

Redaktionsschluss: 01.11.2008

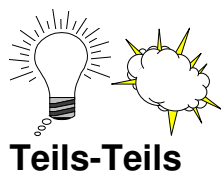
Arbeitskreis Energie des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz

Inhaltsverzeichnis

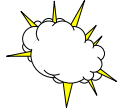
Einführung 4
Literaturhinweise 4



Jugendwerkstatt der Görlitz-Stiftung erhält BUND-Preis..... 5
Deutscher Solarpreis für MANN-Naturenergie..... 6
Preis für Umweltengagement..... 7
Juwi erhält deutschen Klimaschutzpreis..... 7
Minfeld (Südpfalz): Erstes zertifiziertes Energiewerthaus..... 8
Kraft aus Meereswind..... 8
Windkraftforum in Bingen..... 9
Schweden genehmigt Riesen-Windfarm..... 11
Neues Photovoltaikprojekt mit der FH Koblenz..... 11
Neuartiges Dünnschichtmodul für Flachdächer..... 12
Neues FREK-Wasserkraftwerk im Erlenbach (Südpfalz)..... 13
Wie alte Stollen neue Wärme ausstrahlen..... 14
Micro-Contracting..... 15
Rosige Zeiten für Mini-BHKW..... 16
Zehn-Millionen-Programm fördert Energiesparen..... 18
Strom sparen mit einem Chip..... 19
Europaweiter Durchbruch im Feinstaubstreit.....21



58 Pfälzer Versorger = Pfalzenergie.....22
BUND-Vorsitzender Weiger zur Finanz- und Klimakrise..... 23
Neu: Zukunftsfähiges Deutschland.....26
Öko-Vorreiter Deutschland: Unfähig zum Handeln.....27
“Grünes Zeug in Energie verwandeln“.....28



**Schlechte
Nachrichten**

Mainz: Kraftwerk ohne Perspektive.....	30
MZ-Kohlekraftwerk: Politiker lassen Muskeln spielen.....	31
Weniger Schadstoffe in Mainzer Luft.....	32
Bürgerbefragung soll über Kohlekraftwerk entscheiden.....	33
Atommüll-Lager Asse einsturzgefährdet.....	36
Asse: Alles falsch gemacht.....	36
Hinter den Kulissen ist die Rede vom Endlager.....	37
Bund muss für Atomlager zahlen.....	39
Atomarer Störfälle in Belgien.....	40
Kritik an Forderung nach Atomausstieg.....	41
Horrende Kosten für neue Atommeiler.....	42
Grüne im Konflikt: Ja zu Kohlekraftwerk.....	43
Weitere Förderung der Saarkohle bis 2012.....	43
Gabriel verheimlicht brisante Klimastudie.....	44
Rasante Zunahme der Klimagase.....	45
Klimawandel schneller als befürchtet.....	46
Vorsicht vor Schummelstrom.....	46

Einführung

Die Energie-Info, herausgegeben vom Arbeitskreis Energie im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, versucht, in für die Umwelt gute und schlechte Nachrichten zu unterteilen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, so dass stets auch einige Seiten neutraler Informationen enthalten sind.

Für Mitarbeiter an der Info:

Der Redaktionsschluss für die vier Ausgaben pro Jahr:

15.1., 15.4., 15.7., 15.10. jeden Jahres.

Meine Adresse:

Michael Carl, Höhenweg 15, 56335 Neuhäusel

Tel.: 02620/8416; Fax: 02620/950805; E-Mail: michael.carl@t-online.de (**neu!!**)

Mein Dank gilt an dieser Stelle denjenigen Mitgliedern des AK Energie, die mir freundlicherweise Material zukommen ließen, das ich zum Teil für diese Ausgabe der Info verwertet habe.

Literaturhinweise

Die Bücher, Broschüren und Faltblätter sind bei der Landesgeschäftsstelle in Mainz erhältlich.

➤ „Positive Anlagen in Rheinland- Pfalz. - Sinnvolle Energieverwendung in bestehenden Anlagen“; Preis: 2,60 €.

➤ „Vorbild Kommune - Zukunftsfähige Energienutzung; Wo Zukunft schon begonnen hat: Rheinland-Pfälzer zeigen wie's geht“; Preis 2,70 €.

➤ Faltblätter

- Solarstrom - Grundlagen
- Energiewende jetzt/Arbeitsplätze
- Energiesparen beim Heizen
- Der Gasherd
- Regeln zum richtigen Lüften
- Wärmepumpe
- Energie sparend Auto fahren
- Warmwasserbereitung
- Off. Kamine/Schornsteinfeger
- Holznutzung
- Contracting
- Wechsel des Stromlieferanten
- Energie sparen
- Erneuerbare Energien-Gesetz
- Antriebsalternativen (Auto)
- Energiesparlampen (**neu!**)

➤ Thesenpapiere:

- Thesen Windenergienutzung
- Wasserkraftnutzung in Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen
- Nutzung von Biomassen (**neu**)
- Thesen Fotovoltaiknutzung
- Thesen Geothermienutzung

Jugendwerkstatt der Görlitz-Stiftung in Koblenz erhält BUND-Preis „Projekt des Sommers 2008“

„Wir sollten und müssen unseren Kindern einmal eine Welt hinterlassen, die lebenswert ist und in der die Grundlagen unserer Existenz nicht zerstört, sondern von uns verbessert wurden. Dieser Verantwortung stelle ich mich und möchte einen Beitrag leisten, auch und gerade, weil sich unsere Gesellschaft von diesem Ideal immer mehr entfernt.“

Weil Martin Görlitz diesem Credo auch Taten folgen ließ und lässt, verlieh der Bund für Umwelt und Naturschutz am Sonntag den Preis „Projekt des Sommers 2008“ an die Jugendwerkstatt der Görlitz-Stiftung in Koblenz. Gründer und Stifter ist der Koblenzer Unternehmer Martin Görlitz. Die damalige Görlitz Computerbau GmbH, heute GÖRLITZ AG, hat mit einem Kapitalanteil zur Gründung beigetragen. Görlitz hatte die Stiftung im Jahr 1995 gegründet. Sie fördert Projekte im Bereich rationeller und zeitgemäßer Energieerzeugung und -nutzung, der Entwicklung und Einführung umweltfreundlicher Technologien, sowie der Bildung mit Schwerpunkt Energie- und Umweltfragen.

In seiner Darstellung der Aktivitäten der Stiftung verwies Martin Görlitz auf die seit Anfang 2007 bestehende Jugendwerkstatt Energie & Technik. Sie bietet einen Treffpunkt und außerschulischen Lernort für Jugendliche, der sich mit den Grundlagen handwerklichen Tuns, vor allem aber mit Energie- und Umweltthemen beschäftigt. Die Jugendwerkstatt bietet einen Raum, in dem sich Kinder und Jugendliche technisch kreativ entfalten können. Ein Kursprogramm bietet vom Baukurs Photovoltaik über die Reparatur defekter Spielsachen oder Haushaltsgeräte bis zum Solarbootbau vielfältige Beschäftigung mit dem nur scheinbar trockenen Thema „Energie“. Bekannt ist die Veranstaltung der Solarboot-Meisterschaft auf der Mosel, die aus den Kursen resultiert.

Der BUND-Bezirksbeauftragte Matthias Boller aus Lahnstein überreichte im Rahmen einer kleinen Feierstunde eine Urkunde an Firmenchef Martin Görlitz, der die Stiftung durch seine persönliche Einstellung aktiv begleitet und unterstützt. Boller betonte, dass die Görlitz-Stiftung vor allem durch ihre Angebote im Jugendbereich vorbildlich ist und die Nachhaltigkeit im Energiebereich durch die Förderung von Schulprojekten unterstützt. Durch den Solarbootcup, der zuletzt im Juni dieses Jahres in Koblenz stattfand, werde die Solartechnik auf sehr positive Weise bekannt gemacht.

Der Arbeitskreis Energie des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Rheinland-Pfalz wählt alle halbe Jahre ein Projekt für vorbildliche Leistungen im Bereich Energie und Klimaschutz aus. Der Sprecher des Arbeitskreises, Michael Carl betonte, dass solche vorbildlichen Konzepte ins Licht der Öffentlichkeit gebracht werden müssten um aufzuzeigen, dass es vielfältige Möglichkeiten gibt, Energie sinnvoll zu nutzen.

Für Rückfragen: Michael Carl (02620/8416), 7.9.2008



Deutscher Solarpreis für MANN Naturenergie

Für ihren beispielhaften Einsatz für erneuerbare Energien erhält die MANN Naturenergie GmbH & Co. KG den Deutschen Solarpreis 2008. Zur Produktpalette des Unternehmens zählt seit kurzem auch ein bundesweit erhältlichem Ökostromtarif, der mit dem Grünen Strom Label Gold ausgezeichnet ist.

Die gemeinnützige Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V. würdigt mit dem Deutschen Solarpreis, dass MANN Naturenergie seit der Unternehmensgründung konsequent auf den Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort setzt. Das traditionelle mittelständische Familienunternehmen hat sich im Laufe der Jahre zu einer Firmengruppe entwickelt, die heute die ganze Wertschöpfungskette von der Energieproduktion bis zum Energieangebot abdeckt. „MANN Naturenergie zeigt vorbildlich, dass Tradition und Innovation durchaus nebeneinander existieren können. Mit dem langjährigen Engagement im Bereich der Bioenergie leistete MANN Naturenergie einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen und ökologischen Entwicklung der Region“, so die offizielle Begründung für die Preisvergabe.

MANN Naturenergie war Mitgründer der Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, die seit nun zehn Jahren ein regionales Stromprodukt vertreibt, das nach den Kriterien des Grünen Strom Label Gold zertifiziert ist. Mittlerweile bietet MANN Naturenergie unter dem Namen „GRÜNlich Strom PLUS-Cent“ ein eigenes, bundesweit erhältliches Ökostromprodukt an, das ebenfalls das Grüne Strom Label in Gold trägt.

Das Grüne Strom Label (GSL) steht für den Neubau von Erzeugungskapazitäten mit hohem Umweltnutzen in Endkundennähe und garantiert bestmögliche Transparenz im Hinblick auf den Einsatz der Kundengelder. Endkunden zahlen je kWh einen Aufpreis von mindestens 1 ct in einen Fonds. Aus diesem werden vom Stromanbieter neue Stromerzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien gefördert. Zusätzlich verpflichtet das GSL Ökostromanbieter mit einer jährlich verkauften Grünstrommenge von mehr als 1.000 MWh zur physischen Belieferung der Kunden mit Ökostrom. Zertifikate werden dabei nicht anerkannt. In Abstimmung mit den guten Förderrahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) entsteht somit ein Impuls für den Bau von Neuanlagen auf Basis Erneuerbarer Energien.

Kontakt: Daniel Craffonara, Geschäftsstelle des Grünen Strom Label e.V., Tel. 0228-2891449, E-Mail: info@gruenerstromlabel.de

Bonn, 20. Oktober 2008



Preis für Umwelt-Engagement

Land zeichnet sechs Unternehmen und Initiativen für ihre Leistungen aus

Sechs Preisträger haben den mit insgesamt 9.000 Euro dotierten Umweltpreis Rheinland-Pfalz 2008 gewonnen. Laut Umweltministerin Margit Conrad (SPD) zeichnen sie sich aus "durch überdurchschnittlichen Einsatz für die Umwelterziehung von Kindern, durch besondere Kreativität und Innovation zum Schutz des Klimas und der Umwelt sowie für Ressourcenschonung".

Conrad fügte bei der Verleihung des Preises in drei Kategorien im Mainzer Landesmuseum hinzu: "Wir alle profitieren von diesen herausragenden Leistungen." Die Gewinner in der Kategorie "Handwerk" sind der Initiativkreis Energieeffizientes Bauen und Sanieren e.V. im pfälzischen Germersheim sowie die Ruhl Gebäudetechnik GmbH in Altenbamburg im Kreis Bad Kreuznach.

In der Kategorie "Kommunen und öffentliche Einrichtungen" zeichnete Conrad das Ingenieurbüro Stadt und Natur mit Lobby für Kinder e.V. im pfälzischen Klingenmünster und das Erich Klausener Gymnasium in Adenau in der Osteifel aus. In der Kategorie "Industrie, Handel, Dienstleistungen" gewannen die Zischka Textilpflege GmbH in Simmern im Hunsrück und Deutschlands einziger Weißblechhersteller Rasselstein GmbH in Andernach.

Der fünfköpfigen Jury mit Vertretern von Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Gemeinde- und Städtebund, Medien und Umweltministerium lagen in diesem Jahr 31 Bewerbungen vor. Der Umweltpreis Rheinland-Pfalz wird seit 1990 jährlich vergeben.

Rhein-Zeitung vom 17.9.08

Juwi erhält Deutschen Klimaschutzpreis

Die juwi-Gruppe, Wörrstadt, wird heute in Berlin mit dem Deutschen Klimaschutzpreis der Deutschen Umwelthilfe ausgezeichnet. Der Betreiber und Entwickler von Windkraftanlagen zeige, dass Unternehmertum und Klimaschutz gewinnbringend zu verbinden seien, so die Begründung. Juwi hat an seinem neuen Firmensitz ein Gebäude errichtet, das mit Solartechnik und Bioenergie mehr Energie erzeugt als es benötigt.

Rheinpfalz vom 15.9.08



Minfeld: erstes zertifiziertes Energiewerthaus

„Drei Dinge müssen beim Bau eines Hauses beachtet werden, schreibt der Architekt Andrea Palladio im 16. Jahrhundert in "Die vier Bücher zur Architektur". Darin zitiert er bereits Vitruv, einen Architekten des antiken Griechenland: "Der Nutzen oder die Annehmlichkeit, die Dauerhaftigkeit und die Schönheit". "Heute ist noch ein vierter Punkt hinzugekommen, die Sparsamkeit", sagt Christian Burg vom Minfelder Familienunternehmen Burg-Haus.

Und auch deshalb war der Bauingenieur begeistert, als er an einer Tagung über Energiewerthäuser teilnahm. Doch wie zeigt man seinen Kunden die Begeisterung für diese Art zu bauen am besten? Gemeinsam mit seinen drei Brüdern Peter, Martin und Michael - seine Schwester Irene ist im Unternehmen für die Buchhaltung zuständig - plante und baute er deshalb den neuen Firmensitz als Energiewerthaus. Der Nutzen ist gegeben. Und auch die Sparsamkeit: Das Gebäude, das an diesem Sonntag vor geladenen Gästen offiziell eingeweiht wird, ist das erste zertifizierte Energiewerthaus in Deutschland, erzählt Burg stolz.

Den Brennwert von unter einem Liter Öl braucht das Haus an Energie pro Jahr und Quadratmeter. Umgerechnet bräuchte man rund 200 Liter Heizöl im Jahr für das 300 Quadratmeter große Gebäude. Zum Vergleich: Wäre das Haus 1979 gebaut, würden rund 11.000 Liter Öl nötig sein. Um dies zu ermöglichen, ist eine ausgefeilte Technik nötig, die aber trotzdem recht einfach sei, sagt Burg.

Natürlich ist auf dem Dach eine Fotovoltaikanlage angebracht. Zudem wird die Erdwärme genutzt. Aus 70 Metern Tiefe wird rund zwölf Grad kaltes Wasser gepumpt und durch Kompression auf 30 Grad erwärmt. Damit wird die Fußbodenheizung beheizt, die alleine im Frühling und Herbst ausreicht. Im Sommer wird damit zudem gekühlt. So wirkt die Fußbodenheizung fast wie eine Klimaanlage, nur dass das Raumklima viel angenehmer sei, weil die Luft nicht austrockne, so Burg.

Auch über in den Wänden verlaufende Belüftungsanlagen wird bei Bedarf gekühlt oder geheizt. Dabei heizen diese die Wärme der Abluft über einen Wärmetauscher vor. Nur bei starker Kälte wird zusätzlich Strom benötigt. Ganz verzichtet wurde auf einen Befehungskessel und damit auch auf einen Kamin. Stiegen die Energiepreise weiter so wie im Moment, würden sich die rund 30.000 Euro Mehrkosten schon in gut zehn Jahren rechnen, sagt Burg.

Aus der Rheinpfalz vom 12.9.08

Kraft aus Meereswind

Die erste, vollständig vom Wasser aus errichtete Windkraftanlage Deutschlands wurde gestern offiziell in Betrieb genommen. Per Lichtsignal startete Umweltminister Sigmar



Gabriel den Rotor der 152 Meter hohen Demonstrationsanlage vor dem niedersächsischen Hooksiel. Für die Fünf-Megawatt-Anlage setzte der Betreiber Bard Engineering in Emden nach eigenen Angaben das erste Offshore-Fundament für Windkraftanlagen in der Nordsee. Ihr Bau gut 500 Meter vom Land entfernt markiere den Einstieg in die kommerzielle Nutzung der Offshore-Windenergie hierzulande.

Die Erfahrungen mit dem Prototypen will das Unternehmen ab dem kommenden Frühjahr beim Bau eines im Wasser gelegenen Windparks mit 80 Anlagen gleichen Typs nordwestlich von Borkum nutzen. Der vor Hooksiel erzeugte Windstrom wird in das Netz der Wilhelmshavener Gas- und Elektrizitätswerke eingespeist und reicht zur Versorgung von 5.000 Haushalten. Windenergie auf hoher See gilt als vielversprechende Form erneuerbarer Energie. Befürworter machen geltend, dass der stärkere Wind auf dem Meer die Effizienz der Anlagen erhöhe. Zudem stießen die Windanlagen an Land oft auf große Widerstände in der Bevölkerung. Für die nächsten Jahre sind mehrere Großprojekte in Nord- und Ostsee geplant.

Rheinpfalz vom 29.10.08

Windkraftforum in Bingen

Windräder ragen oft weithin sichtbar in den Himmel. In den kommenden Jahren könnten sie aber im Land noch stärker in den Blickpunkt rücken –und noch höher ragen, meinten Experten beim ersten Forum zur Windkraft im Binnenland. Fachleute erwarten, dass die Windrad-Landschaft im Land in den nächsten Jahren kräftig durcheinandergewirbelt wird. Die Zukunft liegt in sehr hohen Anlagen, sagten Experten beim ersten Binnenland Windkraftforum an der FH Bingen –und das Land sicherte seine Unterstützung zu. Bei dem Forum diskutierten 230 Vertreter von Kommunen, Unternehmen und Planungsbüros mit Windkraft-Fachleuten, wie sich Windenergie in der Region entwickeln wird. Unsere Zeitung beantwortet die wichtigsten Fragen.

Welches Potenzial hat die Windenergie?

Nach der Verdreifachung des Stromanteils erneuerbarer Energien seit 2001 auf 12,1 Prozent strebt Umweltministerin Margit Conrad (SPD) bis 2020 vor allem durch Windkraft einen Anteil von gut 30 Prozent an – allerdings bei niedrigerem Energiebedarf. Prof. Dr. Ralf Simon vom rheinland-pfälzischen Transferinstitut für erneuerbare Energie der FH Bingen hält zehn Prozent Energieeinsparung bis 2020 für möglich. Conrad macht sich auch deshalb für Windenergie stark, weil damit der Strom für knapp sieben Cent pro Kilowattstunde recht günstig erzeugt werde.

Bedeutet ein Windkraft-Ausbau weitere Verspargelung?

Tendenziell wird es eher weniger Windräder geben, so der Tenor. "Repowering" heißt die Lösung – kleine Anlagen sollen durch große ersetzt werden. Derzeit gibt es 1158 Anlagen im Land, die mit einer Durchschnittsleistung von 1,1 Megawatt 6,4 Prozent des Stroms erzeugen. 2030 könnten – so die Kalkulation von Dr. Peter Ahmels (Deutsche



Wind Guard) 800 Räder mit durchschnittlich 5 Megawatt und 2.500 Voll-Laststunden 45 Prozent erzeugen. Problemstandorte könnten aufgegeben werden. Vor allem auf Mittelgebirgshöhen sollen aber neue Windparks entstehen. Szenario für 2030: 160 Parks im Land mit je fünf Rädern.

Warum geht der Trend zu größeren Windrädern?

Mit jedem Meter Nabenhöhe steigt die Energieausbeute um ein Prozent. Die Zahl der Voll-Laststunden nimmt überdimensional zu. Das 1999 errichtete 65 Meter hohe erste Windrad auf dem Hunsrückberg Kandrich (Kreis Mainz Bingen) läuft im Jahr 1.700 Stunden Volllast, das 113 Meter hohe Nachbarrad von 2005 aber 3.300 Stunden. Zugleich erforschen Wissenschaftler der FH Bingen aber auch Klein- und Kleinstanlagen für den Hausgebrauch mit 200 Watt bis 3000 Watt Leistung.

Wie stehen die Planungsbehörden zur Ausweisung günstiger Standorte?

Sylvia Pilarsky-Grosch, Vizepräsidentin des Bundesverbands Windenergie, forderte vom Land echten Ausbauwillen, die Regional- und Landesentwicklungsplanung (LEP IV) solle mitziehen. Auch die Regelung zum Abstand von Straßen gehöre überarbeitet. Einiges an Einwänden könne man bei der Abwägung "wegwägen". Conrad kündigte an, im "ehrlichen Dialog" mit Windkraftskeptikern neue Akzeptanz erreichen zu wollen: "Wer den Wohlstand halten will, muss beim Landschaftsbild Kompromisse machen!" Sie hält Forderungen für unbegründet, die Höhe zu begrenzen, und will Standortnutzungsgebote durchsetzen. Kreisverwaltungen hoffen auf klar festgelegte Tabuzonen, damit nicht um jede Anlage prozessiert wird.

Wie sehen Naturschützer die Pläne?

Der Naturschutz fordert den Verzicht auf Windräder an Vogelfluglinien, Vogelrastplätzen und im Wald - doch die Höhenrücken sind bewaldet. BUND-Landesgeschäftsführer Dr. Erwin Manz plädiert gleichwohl für mehr Windenergieflächen, sieht in Atom- und Kohlekraft und intensiver Feldnutzung für Biomasse das größere Übel.

Welche Rolle spielen Kommunen im Wind-Geschäft?

Einige wehren sich gegen Ausweisung entsprechender Flächen. Andere kassieren kräftig mit: Die Ortsbürgermeister Winfried Himmerich aus Mündersbach (Westerwaldkreis) und Gregor Eibes aus Morbach (Bernkastel-Wittlich) berichteten von guten Geschäften. Vertreter von Städten und Gemeinden suchten beim Forum den Kontakt mit den Windpionieren, möchten selbst einsteigen. So will die Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen mit Wind- und Sonnenkraft sogar bald energieautark werden.

Aber Wind weht doch nicht immer...

"Vielleicht liegt die Zukunft im Spinat", sagt Forscher Simon. Tiefgefrorene Lebensmittel in Großkühlhäusern könnten bei Stromüberschuss tiefer als gewöhnlich runtergekühlt werden. Dann springt der ansonsten rund um die Uhr brummende elektrische Verdichter erst Stunden später wieder an. Solche Lösungen nehmen schwankenden Stromangeboten die Spitzen.

Armin Seibert in der Rhein-Zeitung vom 25.10.08



Schweden genehmigt Riesen-Windfarm

Schweden macht Dampf in Sachen Offshore-Windenergie. Ende Mai wurde die bisher größte skandinavische Windfarm auf See von der Stockholmer Regierung genehmigt. Das Projekt soll im Kattegatt 35 Kilometer von der schwedischen Küste auf einer 60 Quadratkilometer großen Wasserfläche entstehen. Geplant sind 108 Turbinen von rund 200 Metern Höhe und einer Kapazität von 860 Megawatt. Zum Vergleich: Ein großes modernes Atomkraftwerk liefert 1.300 Megawatt.

Umweltminister Andreas Carlgren erwartet eine „schnelle Umsetzung“ der Pläne in enger Abstimmung mit der schwedischen Umweltaufsicht und den regionalen Behörden. Mit dem Projekt würde sich die Kapazität des schwedischen Windstroms glatt verdoppeln. Auch die weltweite Offshore-Kapazität wird mit der Kattegat-Windfarm kräftig wachsen. In der EU gehört Schweden mit einem hohen Stromanteil von 41 Prozent aus Erneuerbaren von Wind, Sonne, Biomasse und Wasserkraft zur Spitze.

zeozwei 02.08

Neues Photovoltaikprojekt mit der FH Koblenz

Vor zwei Jahren war in der Gemeinde Horbach als Mitglied der bundesweiten Kampagne „SolarLokal“ ein wissenschaftliches Projekt mit der Absicht gestartet worden, Photovoltaik (PV)-Anlagen in der VG Montabaur hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit genau unter die Lupe zu nehmen um den privaten Investoren so mehr Planungssicherheit zu geben. Vier Studenten des Fachbereichs Ingenieurwesen der Fachhochschule Koblenz hatten im Rahmen einer Studienarbeit unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Siebke die technischen und wirtschaftlichen Daten von 18 PV-Anlagen zusammengetragen und ausgewertet. Die Ergebnisse der Studienarbeit waren im Januar 2007 einer überaus interessierten Öffentlichkeit in Horbach vorgestellt worden.

In einer zweiten Runde wird nun dieses erfolgreiche Projekt im Buchfinkenland fortgesetzt. Zwei fortgeschrittene Studenten (Herr Christian Frink und Herr Christopher Merz, beide aus der VG Montabaur), werden ab der zweiten Augustwoche die bisherigen Teilnehmer an der Aktion kontaktieren um die Anlagendaten auf den neuesten Stand zu bringen. Zusätzlich werden 11 Anlagen neu erfasst und dem gleichen Bewertungsschema wie die bereits dokumentierten Anlagen unterworfen. So wird geprüft, ob die PV-Anlagen auch den zugesagten Ertrag bringen, auf Störungen und technische Probleme hingewiesen oder über notwendige Ersatzbeschaffungen informiert. Themen sind auch die möglichen Schwachstellen der Solarstromerzeugung und die Produkthaftung. Also kurzum: es wird geprüft, ob die Solaranlagen auch das halten, was sie versprechen! Die Ergebnisse der aktualisierten und erweiterten Datenerhebung sollen voraussichtlich im Januar 2009 wieder öffentlich präsentiert werden.

Ortsgemeinde Horbach, Ortsbürgermeister Uli Schmidt, 8.8.08



Neuartiges Dünnschichtmodul für Flachdächer

Eines der am besten gehüteten Geheimnisse der Solarbranche ist gelüftet. Der amerikanische Solarmodulhersteller Solyndra Inc. mit Sitz in Fremont, Kalifornien, USA, hat sein einzigartiges, auf CIGS Dünnschichttechnologie basierendes, Solarsystem offiziell vorgestellt. Die Phoenix Solar AG hatte im Juli diesen Jahres einen Rahmenvertrag mit Solyndra über rund 450 Millionen Euro bekannt gegeben. Ab 2009 kann Phoenix Solar seinen Kunden das neuartige Solarsystem, das speziell für Flachdächer und damit für Industrie- und Gewerbebauten geeignet ist, anbieten.

Das Solyndra Modul unterscheidet sich deutlich von der gängigen Form eines flachen Solarmoduls: Es besteht aus 40 Röhren, die in einem 108 cm x 182 cm großen Rahmen befestigt sind. Das Ganze erinnert an einen solarthermischen Vakuumkollektor. In den Röhren befinden sich über 140 miteinander verbundene, zylindrische CIGS-Zellen, die direktes Sonnenlicht, indirektes Sonnenlicht und das vom Dach reflektierte Licht nutzen, was eine hohe Lichtausbeute und somit eine höhere Wirtschaftlichkeit ermöglicht.

Das Solyndra Modul wird auf 25 cm hohen Halterungen befestigt, die werkseitig mitgeliefert werden, und die das Modul horizontal positionieren. Abstände zwischen den einzelnen Röhren ermöglichen es, dass der Wind durch das Modul strömt, wodurch das Eigengewicht des Systems auch bei hohen Windgeschwindigkeiten ausreicht und das System ohne Durchdringung der Dachhaut und ohne Befestigung oder Ballast installiert werden kann. Das waagrecht positionierte System kann sehr schnell mit Klickverbindungen zusammengefügt werden. Dadurch wird die Installationszeit verringert und die Installationskosten um rund die Hälfte gesenkt.

Eine Dachlast von nur 16 kg pro Quadratmeter macht das neue Solyndra Modul besonders für Industrie- und Gewerbedächer geeignet, die aus statischen Gründen keine aufgeständerte Photovoltaikanlage mit zusätzlicher Beschwerung tragen können. Bei klassischer Aufständering wird das Dach durch Modul, Montagesystem und Beschwerung mit bis zu 100 kg pro Quadratmeter belastet.

Die zylindrischen Module erzielen einen jährlichen Energieertrag der an den meisten Standorten vom Aufständeringswinkel oder der Ausrichtung unabhängig ist. Verglichen mit herkömmlichen Montagesystemen muss auf Flachdächern mit Solyndra Modulen kein Abstand eingehalten werden, um Verschattungen zu vermeiden. Es kann also mehr Fläche mit Solarmodulen belegt werden. Phoenix Solar hat mit einer Testinstallation bestätigt, dass das Solyndra System denselben Ertrag liefert, wie eine Anlage mit 30 Grad aufgeständerten konventionellen Solarmodulen. Mit dem Solyndra System kann also der Energieertrag pro Dach erhöht werden.

Die Phoenix Solar AG wird noch in diesem Jahr Solyndra-Module beziehen, die bereits in mehreren Projekten verplant sind. Für 2009 will Solyndra Solarmodule mit einer Spitzenleistung von bis zu 10 Megawatt an Phoenix liefern.



Mit der Einführung dieses neuartigen Dünnschicht Solarmoduls stellt die Phoenix Solar AG wieder ihre Innovationskraft unter Beweis. Bereits im Jahr 2003 hatte die Gesellschaft das erste Dünnschichtmodul mit a-Si- Technologie im Portfolio. Heute hat Phoenix Solar Dünnschichtmodule unterschiedlicher Technologien von sechs verschiedenen Herstellern im Produktportfolio.

Über Solyndra Inc. Solyndra entwickelt und stellt Photovoltaiksysteme her, die aus einem Solarmodul und Halterung bestehen und für Flachdächer konzipiert sind. Solyndras Herstellungsprozess basiert auf ausgereiften Technologien und Prozessen, um den Anforderungen des globalen Solarmarktes Rechnung zu tragen. Die Gesellschaft verfolgt mit zylindrischen Solarmodulen auf Dünnschichtbasis das Ziel, die niedrigsten Kosten für ein installiertes System und den höchsten Energieertrag für typische Flachdächer zu erzielen. Am Hauptsitz in Fremont, Kalifornien, USA, betreibt Solyndra eine vollautomatische Fertigungsproduktion mit derzeit rund 28.000 Quadratmetern Fläche. Weitere Informationen unter www.solyndra.com.

Phoenix Solar AG, Sulzemoos 07.10.2008

Neues FREK-Wasserkraftwerk im Erlenbach

Bereits im Juni ging an der Leistenmühle eine Wasserkraftschnecke des Vereins "Förderung regenerativer Energie e. V. Kandel e. V.", kurz "FREK", ans Netz, die aus dem Wasser des Erlenbachs Strom erzeugt. Am Sonntag wurde dieses kleine Wasserkraftwerk nun im Beisein vieler interessierter Bürger durch die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad eingeweiht.



Fünf Jahre, sagte der stellvertretende FREK-Vorsitzende Dieter Nagel, habe es gedauert, bis seine Idee zur Nutzung der Wasserkraft umgesetzt und mit dem Kleinkraftwerk endlich Strom erzeugt werden konnte. Herzstück der Anlage ist eine im Bachlauf installierte "Wasserkraftschnecke" in Form einer "archimedischen Schraube". Das Wasser, das aus einer Schleuse mit einer Fallhöhe von 2,80 Metern in die Schneckenkammer fließt, setzt die Schraube in Bewegung und erzeugt so über einen Generator elektrische Energie. Bei einem Wasserdurchfluss von 200 bis 1000 Litern werden so in der Stunde zwei bis 15 Kilowatt Strom erzeugt. Bezogen auf den durchschnittlichen Abfluss am Erlenbach von 600 Litern entspricht dies einer Leistung von neun Kilowatt.

Umgerechnet auf ein Jahr können an der Leistenmühle jährlich circa 65.000 Kilowattstunden erzeugt werden. Dies entspricht dem Durchschnittsstromverbrauch von 15 Haushalten. Gleichzeitig fallen dabei 47.000 Kilogramm Kohlendioxid weniger an, was Natur und Umwelt zugute kommt. Die Gesamtkosten der Anlage belaufen sich auf rund 75.000 Euro. Je nach Wasseraufkommen amortisiert sich die Summe in 13 bis 15 Jahren.

Die Anlage ist so gebaut, dass Verletzungen von Fischen und anderen Lebewesen, die durch die Schnecke schwimmen, ausgeschlossen sind. Und da bereits im Vorfeld der Maßnahme die Verbandsgemeinden Kandel, Bad Bergzabern und Jockgrim entlang des Erlenbachs Fischtreppen errichtet und sechs Querbauwerke umgerüstet haben, ist aus dem Erlenbach ein zusammenhängender, mehr als 40 Kilometer langer Lebensraum entstanden. Dies wurde vor allem von Ministerin Conrad gewürdigt. Nach ihrer Auffassung sind beide Projekte zusammen eine "pfiifige Maßnahme", die Ökonomie und Ökologie gleichermaßen berücksichtigt. Die Ministerin freute sich aber auch, dass hier eine private Initiative die Wasserkraft für die regenerative Energiegewinnung nutzbar macht. Dies ist ganz im Sinne der Landesregierung, die auch durch den Zubau von Kleinanlagen den Anteil des durch Wasserkraft erzeugten Stroms von drei auf fünf Prozent steigern will.

Aus der Rheinpfalz vom 8.9.08

Wie alte Stollen neue Wärme ausstrahlen

An der Lahn waren es Blei und Zink, im Westerwald Eisen: Bis in die 60er-Jahre hinein verdienten unzählige Menschen in Rheinland-Pfalz ihr Brot unter Tage. Vielerorts sind die Erzvorkommen inzwischen ausgebeutet, zum Teil lohnt sich der Abbau von Resten finanziell nicht. Aber durch ein Forschungsprojekt der Universität Mainz erhalten alte Stollen inzwischen möglicherweise eine neue Funktion - als Energielieferanten. Geothermie heißt das Stichwort.

Professor Dr. Georg Wieber leitet die Projektstudien, die derzeit Aufschluss darüber bringen, ob mit Stollenwasser auch Häuser geheizt werden können. In Bad Ems rieseln 35 Liter Wasser pro Stunde mit einer Temperatur von 25 Grad einfach so aus dem



Berg. 200 Eigenheime könnte man laut Wieber damit heizen. 20 Liter und 17 Grad reichen in Herdorf immerhin noch für 100 Häuser. "Das Phänomenale an diesem Standort ist: Genau dort, wo das Wasser aus der Grube Wolf läuft, entsteht ein Neubaugebiet", erläutert Wieber. Ideale Voraussetzungen, um eine Wärmepumpe zu installieren und die verkannte Ressource zu nutzen.

Dass die mehr als 1000 stillgelegten Bergwerke in Rheinland-Pfalz damit alle eine Renaissance ihrer Bedeutung erleben, hält der Professor aber für ausgeschlossen. "Das Verfahren, Energie aus Stollenwasser zu gewinnen, ist kompliziert", sagt er. "Das geht nur an wenigen Stellen." Groß und tief genug müssen die alten Bergwerke sein, es muss genügend Wasser aus den Stollen fließen, die Nutzer der Wärme dürfen nicht zu weit entfernt sein. Und wenn bereits ein Schacht gesprengt wurde, bedeutet das von vornherein das Aus für die Geothermie.

"Es kostet Millionen, wenn man da wieder dran will", weiß Hydrogeologe Wieber. Die eine oder andere Grube werde man sicher noch zur Wärmegewinnung nutzen können. "Aber zu Hunderten wird das bestimmt nicht möglich sein. "

Rhein-Zeitung vom 25.10.08

Micro-Contracting

Birkenfeld. (red) Dass seine Heizung nicht mehr Stand der Technik ist, weiß so mancher Eigenheimbesitzer. Mit einer neuen, effizienteren Anlage ließe sich eine Menge teures Heizöl sparen. Meist scheut man dennoch die Kosten, solange die installierte Anlage noch funktioniert - ist sich Jörg Ertz im Klaren. Er hat mit Kollegen vom Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) am Umwelt-Campus Birkenfeld ein alternatives Konzept entwickelt, das Kosten und Risiken einer Heizungsmodernisierung auf Dritte verlagert.

"Micro-Contracting" nennt sich das schon länger bekannte, aber bisher nur in Unternehmen praktizierte System: Der Hausbesitzer zahlt dem "Contractor" lediglich eine vorher festgelegte Monatsrate sowie zusätzlich seinen individuellen Energieverbrauch. Der "Contractor" trägt neben den hohen Anfangsinvestitionen auch das Risiko eines Anlagenausfalls während der Vertragslaufzeit, übernimmt ferner Wartung und Instandhaltung der Anlage und sorgt für den Brennstoffeinkauf.

"Diese Art der Finanzierung ist zwar unterm Strich etwas teurer als Modernisierung in Eigenregie", weiß Jörg Ertz. Im Gegenzug erhalte der Hausbesitzer aber ein "Rundum sorglos"-Paket an Dienstleistungen. Und Nutznießer sei auf jeden Fall die Umwelt, erklärt er den Ausflug der Stoffstrommanager ins Metier der Banker: Moderne Heizungsanlagen stoßen bedeutend weniger Kohlendioxid aus, verbrauchen weniger der immer teurer werdenden Brennstoffe.



Die Dienstleistungen des "Contractor" werden aus den monatlichen Zahlungen des Kunden sowie den eingesparten Energiekosten über die gesamte Laufzeit des Vertrages (in der Regel zehn Jahre) finanziert. Fördermittel können wie bei der Eigenumsetzung in Anspruch genommen werden. Nach Ende des Vertrags kann die Anlage ins Eigentum des Hausbesitzer übergehen oder die Vereinbarung zu neuen Bedingungen fortgeführt werden.

Das laufende IfaS-Projekt ist ein Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz. Die Konzepte sollen in einem aufklärenden Leitfaden für den Endkunden fließen. Unterstützt werden Ertz und seine Kollegen von den Handwerkskammern und den Sparkassen in den Landkreisen Kaiserslautern und Birkenfeld. Mittels Fragebogen-Aktion wurde das Interesse des Handwerks an Micro-Contracting gecheckt - so verfügt das IfaS jetzt über eine Liste von Fachbetrieben, die man an Hausbesitzer weitergeben kann.

In anderen Regionen haben sich die Versorgungsunternehmen des Micro-Contracting angenommen. "Wir sind der Ansicht, dass primär das Handwerk in eigener Regie tätig werden soll", sagt der Mann vom Umwelt-Campus. Wer konkretes Interesse an einer Sanierung seiner Heizungsanlage über ein Contracting-Modell hat, kann mit dem IfaS Kontakt aufnehmen. Der Energieverbrauch der letzten beiden Jahre, die Leistung der Anlage (in Kilowatt) sowie Baujahr der Heizung und des Gebäudes genügen für eine erste Auskunft. Und die ist auf jeden Fall kostenlos, sagt Jörg Ertz.

Weitere Informationen telefonisch unter 06782/171469.

<http://www.volksfreund.de/totallokal/mosel/aktuell/Heute-in-der-Mosel-Zeitung;art671,1852768> ; 14.10.08

Rosige Zeiten für Mini-BHKW

Die Bundesregierung hat neue Gesetze verabschiedet und ein besonderes Förderprogramm aufgelegt, um den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) voranzutreiben. Damit sind die Rahmenbedingungen für Mini-Blockheizkraftwerke so gut wie nie zuvor.

Am 6. Juni 2008 hat der Bundestag ein neues Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung beschlossen. Es tritt am 1. Januar 2009 in Kraft und garantiert für den Eigenverbrauch und Stromeinspeisungen von kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen eine Einspeisevergütung von 5,11 Cent pro Kilowattstunde plus den Wert des Stroms entsprechend dem an der Strombörse EEX gebildeten üblichen Preis (im 2. Quartal 2008 6,5 Cent/kWh) sowie dem Entgelt für vermiedene Netznutzung. Der gesetzliche Bonus von 5,11 Cent/kWh fließt künftig zusätzlich auch für Strom, der zur Eigenversorgung im Hausnetz dient. Die Regelung gilt zehn Jahre lang ab Inbetriebnahme für alle Anlagen, die zwischen 1. Januar 2009 und 1. Januar 2016 in Betrieb gehen.



Wer seine Anlage mit Bio-Erdgas aus dem Erdgasversorgungsnetz betreibt, der kann sich wie bei der direkten Nutzung von Erdgas über eine Einspeisevergütung von 21,67 Cent pro Kilowattstunde freuen. Durchgeleitetes Bio-Erdgas darf zudem nur in KWK-Anlagen verwendet werden. Wird die Wärme aus einem Biogas-BHKW genutzt, so gibt es einen KWK-Bonus von drei Cent pro Kilowattstunde. Dies gilt auch für nachgeschaltete ORC-Anlagen.

Eigentümer von neuen Gebäuden sind dazu verpflichtet, den Wärmeenergiebedarf anteilig mit erneuerbaren Energien wie Biomasse, Geothermie, Solarenergie oder Umweltwärme zu decken. Alternativ können sie auch mindestens 50 Prozent ihrer Wärme für Heizung und Warmwasser mithilfe von Kraft-Wärme-Kopplung erzeugen.

Das Bundesumweltministerium hat ein neues Impuls-Förderprogramm für kleine Kraft-Wärmekopplungsanlagen aufgelegt. Wer sich ein solches Aggregat anschafft, erhält einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von bis zu 7.363 Euro. Förderanträge nimmt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ab dem 1. September 2008 entgegen.

Die neuen Regelungen machen ein Mini-Kraftwerk im Keller rentabel. Damit sind sie derzeit die beste Alternative zu herkömmlichen Energiesystemen. Eingesetzt in Ein- und Mehrfamilienhäusern, Schulen, Hotels, Betrieben oder Bürogebäuden, erzeugt ein BHKW umweltfreundlich und preisgünstig Strom und gleichzeitig Wärme. Das lässt die Energiekosten schrumpfen und erhöht die Unabhängigkeit vom Energieversorger. Durch die Einspeisevergütung und die Förderungen erwirtschaftet die Anlage oft in wenigen Jahren ihre Investitionskosten.

Die Fördersätze nach dem Klimaschutz-Impulsprogramm berechnen sich aus der elektrischen Leistung des Mini-BHKW und der Anzahl der Vollbenutzungsstunden. Ab einer Jahreslaufzeit von 5.000 Stunden erhält der Betreiber einen Zuschuss von bis zu 7.363 Euro. Liegt die Benutzungsdauer darunter, sinkt die Förderung im gleichen Maß. Ein Servicevertrag für das BHKW ist Voraussetzung für eine Förderung.

Nach dem Energiesteuergesetz ist der Brennstoff für mit Erdgas, mit Flüssiggas und Heizöl oder Biodiesel betriebenen KWK-Anlagen von der Steuer befreit. Die jährliche Steuerrückerstattung trägt ebenfalls zur Wirtschaftlichkeit bei.

Wenn ein Eigentümer den Strom aus einem Blockheizkraftwerk an seine Mieter verkauft, gestaltete sich dies bislang rechtlich, technisch und organisatorisch schwierig. Bevorzugte auch nur ein einziger Mieter Yello oder LichtBlick als Stromlieferanten, musste dazu praktisch ein zweites Strom-Verteilungsnetz aufgebaut werden. Das neue Gesetz verbessert die Bedingungen für Eigentümer, die auf KWK setzen. Auch bei hauseigener Versorgung mit KWK-Strom bleibt durch die Neuregelung der freie Lieferantenwechsel gewährleistet, lautete die amtliche Begründung (BT-Drs. 16/9469).



Die neuen Bestimmungen

Die neuen Bestimmungen gelten für alle KWK-Anlagen, die nach dem 31. Dezember 2008 und vor dem 31. Dezember 2016 in Dauerbetrieb gehen.

Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Zukünftig ist der KWK-Zuschlag auch für den KWK-Strom zu zahlen, den der Betreiber der KWK-Anlage selbst verbraucht oder über "private" Netze an seine Kunden liefert.
- Der Netzbetreiber muss KWK-Strom vorrangig abnehmen. Damit sind BHKW nun EEG-Anlagen gleichgestellt.
- KWK-Anlagen mit einer elektrischen Leistung bis 50 Kilowatt erhalten für den erzeugten Strom einen Zuschlag von 5,11 Cent/kWh und zwar zehn Jahre ab Aufnahme des Dauerbetriebes.
- Der Gesetzgeber fördert zusätzlich den Neu- und Ausbau von Wärmenetzen mit einem Zuschuss von bis zu 60 Euro pro Meter Trassenlänge.

Energiedepesche 3/08

Zehn-Millionen-Programm fördert Energiesparen

Für Gebäude-Eigentümer im Land gibt es ein neues zehn Millionen Euro schweres Förderprogramm. Die Gelder sollen beim energiesparenden Bauen und Sanieren helfen. Das bundesweite Pilotprojekt ist nicht nur für Neubauten gedacht, sondern auch für bestehende Häuser, so Umweltministerin Margit Conrad (SPD).

Unterstützt werden alle Bauten, bei denen mindestens zehn Prozent des jährlichen Wärmebedarfs aus erneuerbaren Energien gewonnen werden oder für die innovative und umweltfreundliche Konzepte entwickelt werden. Laut Haushaltsentwurf der Landesregierung stehen drei Millionen Euro an Fördergeldern sofort zur Verfügung, weitere sieben Millionen Euro sollen bis 2011 bereitstehen.

Das Förderprogramm ist Teil der Energiesparkampagne "Unser Ener macht mit - Unsere beste Energie ist gesparte Energie ". Das bisherige Zwei-Millionen-Programm werde nun auf bestehende Gebäude ausgeweitet und soll dazu motivieren, beim Thema Wärme auf erneuerbare Energien zu setzen, erläuterte Conrad.

Über richtiges Energiesparen soll auch ein Aktionstag am Wochenende informieren. Dabei stehen landesweit 66 Veranstaltungen rund um das Thema Energie, Sanieren und Bauen auf dem Programm. Angeboten werden Vorträge, Beratungen und praktische Tipps. Veranstaltungsschwerpunkte sind der Kreis Altenkirchen mit 25 Angeboten, der Kreis Neuwied sowie die Städte Vallendar, Koblenz und Mainz, wo die Ministerin den Aktionstag am Samstag eröffnen wird.

Rhein-Zeitung vom 26.9.08



Strom sparen mit einem Chip

Ein millimetergroßer Hochspannungschip könnte das Strom Sparen einfacher und komfortabler zugleich machen. Er passt in jedes Elektrogerät oder in jede Steckdose. Er arbeitet direkt mit dem 230-Volt-Netzstrom. Das bietet viele Möglichkeiten und Sparpotenziale, meint Ludger Hovestadt, Professor an der ETH Zürich und Mitentwickler des neuen Chips für die digitale Informationsübertragung über die existierende Stromleitung. Der Chip macht den Strom schlau und spart dadurch, denn nach Hovestadts Ansicht könnten Elektrogeräte viel sparsamer werden. Noch immer werden viele elektrische Geräte rückständig gesteuert. Sie lassen sich nur ein- und ausschalten oder höchstens in Stand-by-Betrieb. Das verbraucht oft mehr Strom, als es einspart.

Ludger Hovestadt dazu: „Schauen Sie sich die Lampe an. Ich kann die nur an- und ausmachen. Mehr kann diese Lampe nicht. Einen Fernseher stelle ich in Stand-by, und der braucht nach wie vor drei bis 20 Watt, was vier bis dreißig Euro pro Jahr bedeutet, so dass Leute nachts anfangen, den Stecker zu ziehen. Wir haben uns zum Ziel gemacht, Strom nicht länger dumm sein zu lassen. Wir haben diesen Chip entwickelt, der in jedes elektrische Gerät eingebaut wird, so dass die Geräte im Team arbeiten, um Energie zu sparen und das Leben komfortabler zu machen.“

Der „digitalSTROM“-Chip steuert und schaltet Geräte im Team oder einzeln. Er kann zukünftig auf billige Stromtarife reagieren und beispielsweise die Waschmaschine erst dann anschalten, wenn es billig ist. Er erhält sogar, wenn notwendig, die Stand-by-Funktion aufrecht, verbraucht dabei aber nur unter 0,3 Watt. Er kann, mit entsprechender Software, sofort alle Stromverbraucher sichtbar machen und deren Stromverbrauch anzeigen. Wer einen intelligenten Stromzähler hat, kann alle Funktionen von Digitalstrom darüber steuern, messen und schalten. Zudem lassen sich bestehende Geräte schrittweise umrüsten.

Hovestadt gründete 2007 eine Non-Profit-Organisation, die „digitalSTROM.org“ an der Eidgenössisch Technischen Hochschule Zürich. Ziel ist es, eine Allianz aus Forschungseinrichtungen, Organisationen und Industriefirmen zu schaffen, um möglichst viele unterschiedliche Geräte und somit jeden Haushalt mit intelligenten elektrischen Geräten mit diesem Chip auszustatten und sie im Sinne von Energieeffizienz, Nutzerkomfort und Sicherheit über die vorhandenen Stromleitungen zu vernetzen.

Was bis heute unter der Bezeichnung „smart home“ ein Luxusprodukt ist, soll künftig in jedem Haushalt möglich sein. Systeme, die Vergleichbares leisten, sind bislang teuer, groß und schwierig zu installieren. Beim „digitalSTROM“-Chip müssen keine neuen Kabel verlegt, keine Wände aufgerissen oder Funkstationen installiert werden.

Die wichtigen Funktionen sind auf dem Chip vorbereitet und funktionieren sofort. Er passt in jedes Elektrogerät oder in eine Lüsterklemme. Dadurch hat man die Möglichkeit, die herkömmliche Lüsterklemme gegen die „Digital Strom“-Lüsterklemme auszutauschen. So übernimmt jede Farbe auch Spezialaufgaben. Gelb unterstützt zum Beispiel das Licht, weiß die Haushaltgeräte, blau die Heizung - oder rot den Zugang und



ENERGIE-INFO

SEITE 20

Alarm. Sollen alle Geräte eines Raumes oder Hauses zusammenarbeiten, installiert der Elektriker im Sicherungskasten einen Sensor für den entsprechenden Stromkreis - eine Sache von wenigen Minuten, ohne Umbau oder Programmierung. Geräte mit eingebautem Chip tragen später das DS-Ready-Zeichen und lassen sich einfach hinzufügen. Strom sparen kann dann zum Beispiel wie folgt aussehen.

Der Lichtschalter steuert die Nachttischlampe auch des schlafenden Partners - und legt zugleich den Fernseher Strom sparend schlafen. Im Kinderzimmer ersetzt der Chip das Babyphon, da er auf Geräusche reagiert. Wenn es beim Nachwuchs laut wird, gehen bei Mama alle Lichter an. Auch der Postmann muss nicht mehr zweimal klingeln, wenn zum Beispiel im Bad der Haartrockner läuft. Der Chip schaltet ihn beim ersten Klingeln einfach aus - wenn gewünscht. Auch ein Kellerlicht, das oft tagelang brennt, schaltet der Chip spätestens nach ein paar Stunden ab. Beim Verlassen eines Raumes oder der Wohnung genügt ein Tastendruck, um alle Strom verbrauchenden Geräte auszuschalten. Inklusiv Abzugshaube, Radio, Herdplatte, Bügeleisen, diverser Lampen oder Kaffeemaschine. Auch die Jalousien schließen sich, wenn gewünscht, und die Heizung wird runtergeregelt. Nur den Kühlschrank lässt der Chip weiterlaufen.

Dr. Holger Krawinkel vom Bundesverband Verbraucherzentrale sieht in diesem System viel Stromsparpotenzial, denn „die Digitalisierung der Haushaltsgeräte ist ein wunderbarer Fortschritt. Gerade wenn energieeffiziente Geräte mit einer digitalen Schaltung versehen sind, also diese Chips einbaut sind, ist der Kaufanreiz für den Verbraucher wesentlich höher“, so Dr. Holger Krawinkel „Weil sie dann nicht nur effiziente Geräte bekommen, die Strom sparen, sondern auch solche, die sich preisgünstig betreiben lassen, nämlich immer dann, wann der Strom besonders billig ist.“

Komfortabel sparen und billigen Strom nutzen. Die Digitalstrom-Idee wird auch an der TU Berlin in einem vom Bund unterstützten Technologieprogramm getestet. Ein Team um Prof. Dr.-Ing. Sahin Albayrak vom DAI-Labor der TU Berlin hat ein System entwickelt, das Haushaltsgeräten die Kommunikation untereinander ermöglicht und digital-STROM dort mit einbezieht. Professor Albayrak sieht einen Vorteil für Digitalstrom besonders für Bestandsbauten. „Der Endverbraucher kann relativ einfach ein intelligentes Energiemanagementsystem für sich installieren und nutzen. Wenn ich Digitalstrom nicht hätte, müsste ich das Ganze mit einem Bus-System verkabeln. Wir haben in Deutschland fast 80 Prozent Bestandsbauten. Und man kann nicht ohne Weiteres hingehen und solche Häuser mit Bus-Systemen ausstatten.“

2009 soll es im Elektrofachhandel die ersten Chips zum Nachrüsten geben. Die Kosten sollen deutlich unter den bekannten Bus-Systemen liegen.

von Werner Ahlschwedt, WDR, Sonntag, den 26.10.2008 16:30 Uhr im Ersten



Europaweiter Durchbruch im Feinstaubstreit

Von hohen Feinstaubbelastungen betroffene Bürger haben ein vor Gericht einklagbares subjektives "Recht auf saubere Luft,". Betroffene können jetzt ihre Stadtverwaltungen zur Aufstellung eines Aktionsplans verpflichten, der Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität - bis hin zu umfassenden Fahrverboten für Dieselstinker - beinhaltet. Das entschied im Juli der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg.

"Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs ist der Durchbruch im Kampf gegen das Feinstaubproblem. Viele hunderttausend vom Dieselruß betroffene Bürger in den Ballungszentren Deutschlands und darüber hinaus können bald aufatmen", kommentierte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch den Richterspruch. "Die DUH wird auf Basis dieser Grundsatzentscheidung nun in ausgewählten Kommunen Eilverfahren zur beschleunigten Durchsetzung wirksamer Verkehrslenkungsmaßnahmen initiieren". In besonders belasteten Städten und Ballungsräumen wie Stuttgart, München und in Nordrhein-Westfalen werde die DUH Musterklagen betroffener Bürger unterstützen. Für Diesel-Pkw und Lkw ohne grüne Plakette rechnet Resch schon für 2009 mit Fahrverboten.

Mit dem Urteil wurde der Klage des Münchners Dieter Janecek Recht gegeben, der sich mit Unterstützung der DUH seit mehr als drei Jahren gegen die massive Überschreitung der EU-weit gültigen Feinstaubgrenzwerte in seiner Wohnstraße, der stark befahrenen Landshuter Allee, wehrt.

Janecek hatte zunächst durch alle Instanzen bis zum Bundesverwaltungsgericht geklagt, um den Freistaat Bayern zu verpflichten, einen Aktionsplan zur Feinstaubbekämpfung für das Stadtgebiet der Landeshauptstadt München aufzustellen. In diesem Aktionsplan sollen alle Maßnahmen enthalten sein, die erforderlich sind, um den Grenzwert so schnell wie möglich einzuhalten. Das Bundesverwaltungsgericht entschied schließlich am 29. März 2007, dass das deutsche Recht einen solchen Anspruch nicht kennt. Dies veranlasste das Bundesverwaltungsgericht, die entscheidenden Fragen des Rechtsstreits dem EuGH vorzulegen.

Der Europäische Gerichtshof (Az.: C-237/07) hat darauf hin mit seinem Spruch für die gesamte Europäische Union entschieden, dass der Bürger einen Anspruch auf Aufstellung eines Plans zur Feinstaubbekämpfung hat.

DUK aktuell 3/08



58 Pfälzer Versorger = Pfalzenergie

Das Ergebnis fällt noch eindeutiger aus, als es Mitte des Jahres zu erwarten gewesen war: Alle 58 Pfälzer Energieversorger - sechs mehr als Mitte des Jahres - wollen der unter der Ägide des Bezirksverbandes angestrebten gemeinsamen Pfälzer Netzgesellschaft mit dem Namen Pfalzenergie beitreten.

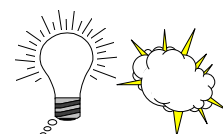
Dabei behalten alle Unternehmen ihre Selbstständigkeit. "Das ist sicher einer Gründe, weswegen es zurzeit so aussieht, als komme das Projekt tatsächlich zustande", sagte der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Frankenthals Oberbürgermeister Theo Wieder, gestern auf RHEINPFALZ-Anfrage.

Sechs Versorger des Saarpfalz-Kreises hatten sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt von dem Projekt verabschiedet. Dass alle 58 Pfälzer Versorger in die künftige Plattformgesellschaft eintreten werden, "hat meine kühnsten Erwartungen bei weitem übertroffen", unterstrich Wieder. Bei zweien oder drei von ihnen stünden die förmlichen Aufsichtsratsbeschlüsse noch aus, "aber wir sind auf einem hervorragenden Weg". Dass sechs kleinere Werke aus dem Pirmasenser und Zweibrücker Raum, die zwischenzeitlich abgesprungen waren, nun doch teilnehmen werden, ist für Wieder ein Anzeichen dafür, dass die Argumente, die für das Projekt sprechen und die er und ein Mitarbeiter des einbezogenen Beratungsunternehmens in jedem einzelnen Unternehmen und in den Spitzenverbänden und Gremien ausführlich vorgestellt hätten, überzeugend seien. Im Klartext: jedes Unternehmen spart unter dem künftigen Konstrukt gut ein Drittel seiner bisherigen Kosten.

Bereits bestehende Kooperationen - die Einkaufsgemeinschaft Energie Pfalz-Saar GmbH (ENPS) mit Sitz in Kaiserslautern, der 21 Mitgliedsunternehmen angehören, die Pfalzwerke-Service-Beteiligungsgesellschaft Manus GmbH sowie die Kommunale Netzgesellschaft Südwest (KNS) mbH, Ludwigshafen, die aus sieben Unternehmen besteht - werden nach den Worten Wieders auf die neue Pfalzenergie verschmolzen.

Die Kompetenzgesellschaften der Pfalzenergie, die bestimmte operative Aufgaben übernehmen werden und unterhalb der Plattformgesellschaft angesiedelt sind, repräsentieren Wieder zufolge zudem nach jetzigem Sachstand alle jeweils mindestens 500.000 von pfalzweit 1,3 Millionen Zählern und damit eine für wirtschaftliches Arbeiten ausreichende Größenordnung.

Die Pfälzer Energieversorgungsunternehmen hatten bis Ende August definitiv Stellung dazu nehmen müssen, ob sie bei dem neuen Konstrukt mit von der Partie sein werden oder nicht. Die erdachte Struktur soll es allen Werken möglich machen, auch unter den ab dem kommenden Jahr verschärften Wettbewerbsbedingungen auskömmlich zu wirtschaften. Die Pfälzer Versorgerlandschaft ist sehr unterschiedlich: Die Kundenzahlen reichen von wenigen tausend bis zu mehreren hunderttausend.



Deswegen war ein wohl entscheidender Unterschied zu früheren Versuchen, die in die gleiche Richtung zielten, der Umstand, dass der Bezirksverband als quasi neutrale Instanz federführend wirkte. Frühere Initiativen waren regelmäßig von Versorgerseite gekommen, namentlich den Ludwigshafener Pfalzwerken. Der Bezirksverband ist größter Anteilseigner der Pfalzwerke AG, dem größten Energielieferanten der Pfalz. Die Pfalzwerke sind gleichzeitig einer der wichtigsten Financier der Bezirksverbandes. Dieser ist umgekehrt daran interessiert, dass seine Beteiligung auch künftig möglichst hohe Dividenden zahlen kann. Wieder zufolge haben die intensiven Gespräche mit den Mitarbeitervertretungen ebenfalls eine große Rolle für den Erfolg des Projekts gespielt.

Der Strukturvorschlag für die Pfalzenergie hat das Beratungsunternehmen K.Group, München, erstellt. Die sogenannte Plattformgesellschaft wird dabei technische Hilfestellung und Beratung zum Umgang mit Vorgaben der EU und der nationalen Netzentur geben sowie die Produktentwicklung und die Steuerung von Erzeugungsanlagen betreiben. Sie soll 20 bis 30 Mitarbeiter haben. Nur die Unternehmen, die ihr angehören, können Dienstleistungen der darunter angesiedelten Kompetenzgesellschaften in Anspruch nehmen, die spezielle operative Aufgaben übernehmen werden. Inklusiv dieser wird das neue Konstrukt 300 bis 400 Beschäftigte zählen. In der Summe berührt die Kooperation 15 bis maximal 25 Prozent der Mitarbeiter aller Unternehmen.

Schon jetzt ist sicher, dass unter dem neuen Konstrukt in den einzelnen Werken Arbeitsplätze wegfallen werden. Es wird aber definitiv keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Auch werden die neuen Gesellschaften Tätigkeiten wahrnehmen, die zurzeit Dienstleister außerhalb der Region erbringen. Die entscheidungsreife Ausarbeitung des Projekts finanzieren die Teilnehmer und nicht mehr der Bezirksverband. Dieser hat in die nun abgeschlossene Vorbereitungsphase der Pfalzenergie 380.000 Euro investiert.

Rheinpfalz vom 17.9.08

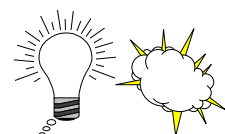
BUND-Vors. Weiger: Finanzkrise und Klimakrise

BUND-Chef Hubert Weiger fürchtet, dass durch die Finanzkrise der Klimawandel in den Hintergrund gerät. Dabei ist diese Katastrophe noch viel dringender. Hubert Weiger ist Vorsitzender des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND).

ZEIT ONLINE: Die ganze Welt spricht über die Finanzkatastrophe. Gibt es den Klimawandel eigentlich noch?

Weiger: Leider ja, und er wird immer bedrohlicher. Alle Zeichen, die wir mittlerweile sehen, deuten darauf hin, dass die schlimmsten Szenarien des Weltklimarats IPCC möglicherweise noch übertroffen werden.

ZEIT ONLINE: Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen Finanzkrise und ökologischer Krise?



Weiger: Die Finanzkrise ist das Ergebnis von weitgehend nicht kontrollierten und reglementierten Geldmärkten in einer globalisierten Welt. Das beginnt schon in der EU, wo wir zwar eine gemeinsame Währung haben, aber keine gemeinsamen Regeln, um die Geldströme zu kontrollieren. Auch die ökologische Krise ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es bislang nicht gelungen ist, gemeinsam verbindliche und sanktionierbare Regeln für die Nutzung des Naturhaushaltes zu entwickeln.

ZEIT ONLINE: Steckt hinter beidem - den Exzessen des Finanzmarkts und der Überbeanspruchung der Natur - dasselbe Grundprinzip?

Weiger: Bei der Bankenkrise heißt es immer, es sei die Gier von Einzelnen, die daran schuld sei. Ich sage, es ist die Gier des Systems, das Streben nach immer größer, höher, weiter. Das Streben nach grenzenlosem Wachstum. Stellen Sie sich einen Unternehmensvorstand vor, der in einem börsennotierten Unternehmen sagt, er wolle nicht zehn, fünfzehn, zwanzig Prozent Kapitalrendite, sondern nur ein oder zwei. Dieser Vorstand wäre in die Wüste geschickt worden. Wer sich dem System nicht fügt, hat in diesem selbstzerstörerischen Wettbewerb keine Überlebenschance.

ZEIT ONLINE: Also brauchen wir ein anderes Wirtschaftssystem?

Weiger: Ich bin überzeugter Anhänger einer ökosozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen einen staatlich gesetzten Rahmen, innerhalb dessen sich die menschliche Innovationskraft entfalten kann. Erst einmal muss die neoliberale Deregulierung ein Ende haben. Wir brauchen kein anderes System, sondern verbindliche globale Übereinkünfte, wie ökologisches und soziales Dumping zu verhindern ist. Wir brauchen eine forcierte Strategie, um Energie und Rohstoffe effizienter zu nutzen, und einen Lebensstil, der die natürlichen Grenzen anerkennt. Das Gemeinwohl muss, national wie international, Vorrang vor dem Markt bekommen. Wachstum ist längst keine Antwort mehr, sondern ein Problem. Unser Ziel muss der umweltverträgliche Wohlstand sein.

ZEIT ONLINE: Ärgert es Sie, dass es gelungen ist, in kürzester Zeit viele Milliarden zur Bewältigung der Finanzkrise locker zu machen, aber beim Klimaschutz sozusagen um jeden Cent gerungen wird?

Weiger: Das ist in der Tat etwas, was einen fast verzweifeln lässt: wenn offenbar genug Geld vorhanden ist, um den Kasinokapitalismus am Leben zu erhalten, aber zu wenig für wirklich wichtige ökologische Maßnahmen. Wenn es nur gelänge, zehn Prozent von den jetzt zur Stabilisierung des Finanzsystems vorgesehenen Mitteln zur Rettung der Natur bereitzustellen, wären wir einen großen Schritt weiter. Ich erinnere daran, dass wir vor einem halben Jahr die Kanzlerin in höchsten Tönen dafür gelobt hatten, dass sie bereit war, für den Schutz des Regenwaldes eine Milliarde bereitzustellen. Und jetzt werden quasi über Nacht mal eben 500 bis 600 Milliarden locker gemacht ...

ZEIT ONLINE: Was ist der Grund für dieses Ungleichgewicht?

Weiger: Den Menschen liegt das eigene Geld eben wesentlich näher als die Natur. Der mögliche Verlust materieller Werte ist für die meisten viel bedrohlicher als eine Klima- veränderung, die man nur über Jahrzehnte hinweg beobachten kann und die ja heute scheinbar noch keine großen Auswirkungen hat. Das Dramatische an der Sache ist



aber, dass wir den Glauben haben, alle Fehler seien irgendwie zu reparieren. Bei der Finanzkrise mag das ja noch möglich sein, wenn auch um den Preis neuer Verschuldung zulasten künftiger Generationen. Doch der Naturhaushalt ist nur zu einem gewissen Grad reparaturfähig. Es gibt Grenzen, hinter denen setzen sich selbst verstärkende, nicht mehr zu beeinflussende Prozesse ein.

ZEIT ONLINE: Sehen Sie die Gefahr, dass durch die Finanzkrise der Klimaschutz unter die Räder kommt?

Weiger: Ja, diese Gefahr ist nicht gering. In den laufenden Verhandlungen um das Klimaschutzpaket der EU heißt es ja schon, die Wirtschaft könne bei einer sich abzeichnenden Rezession keine weiteren Auflagen mehr verkraften. Da wittern die Lobbyisten der Großindustrie Morgenluft. Man macht also genau wieder den gleichen Fehler, den Klimaschutz gegen die Arbeitsplätze auszuspielen. Anstatt zu erkennen, dass gerade jetzt umso mehr in den Klimaschutz investiert werden müsste, um die Umwelt zu erhalten und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze etwa im Bereich der erneuerbaren Energien zu schaffen.

ZEIT ONLINE: Viele Politiker fordern ein Konjunkturprogramm ...

Weiger: Also wieder neue Autobahnen, Flughäfen, alles Bereiche, wo man in kurzer Zeit viel Geld investieren kann, allerdings mit minimalem Arbeitsplatzeffekt und maximaler Umweltbelastung. Dadurch wird die ökonomische und ökologische Krise weiter verschärft.

ZEIT ONLINE: Und die Klimakanzlerin macht da mit!

Weiger: Ich glaube, aus persönlichen Gesprächen mit ihr, dass sie durchaus die Bedrohung des Klimawandels erkannt hat. Aber sie ist teilweise wohl nicht in der Lage, sich dem massiven wirtschaftlichen Druck der Großindustrie und ihrer Lobbyisten inner- und außerhalb des Parlaments zu widersetzen.

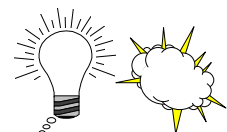
ZEIT ONLINE: Also keine klammheimliche Freude, dass sich der umweltzerstörende Kapitalismus selbst ein Bein gestellt hat?

Weiger: Nein, die wäre nicht berechtigt. Denn die Finanzkrise führt ja zu gewaltigen ökonomischen Folgeschäden. Und das wirkt dann auch negativ auf die Ökologie. Man muss sich nur die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ansehen, wo sich das im kleinen Maßstab zeigt. Die Krise hat dazu geführt, dass die KfW ihre Kredite für CO₂-Reduktionsmaßnahmen, etwa die Dämmung von Häusern, verteuern musste. Jetzt ist die eigentlich segensreiche Arbeit der KfW in Sachen Klimaschutz in Gefahr. Das alles ist eben kein Nullsummenspiel. Einer zahlt immer die Zeche, entweder der Bürger oder die Umwelt. Und in der heutigen Situation beide zusammen.

ZEIT ONLINE: Müssen wir erst auf eine echte Umweltkatastrophe vor unserer Haustür warten, bis wirklich Substanzielles geschieht?

Weiger: Das wäre fatal, weil es dann zu spät wäre. Wenn nicht das Börsenkapital, sondern das Naturkapital verspielt ist, bedeutet das den Untergang der Menschheit.

Interview: Georg Etscheit in Die Zeit - 20.10.2008



Neu: Zukunftsfähiges Deutschland

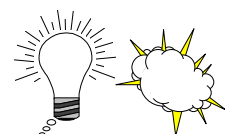
Gemeinwohl vor Markt. Wohlstand statt Wachstum. BUND, Brot für die Welt und Evangelischer Entwicklungsdienst präsentieren Leitfaden für einen Zivilisationswandel

Nicht nur die Finanzwelt lebt schon viel zu lange über ihre Verhältnisse. Dass 2007 so viel Kohlendioxid freigesetzt wurde wie noch nie und das Artensterben rasant voran schreitet, sind Belege dafür, dass wir über unsere Verhältnisse leben und die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit des Planeten überschreiten. Wie kann angesichts dieser Herausforderungen ein Kurswechsel gelingen, ein Umbau von Produktions- und Konsummustern, der eine zukunftsfähige Entwicklung einleitet? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, die heute in Berlin vorgestellt wurde. Herausgeber der Studie sind der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED).

Prof. Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: „Deutschland ist nicht auf dem Weg, ein zukunftsfähiges Land zu werden. Nachhaltigkeit ist heute zwar ein sehr häufig benutztes Politikerwort. Aber wenn es um politisches Handeln geht, wird vor der Umsetzung zurückgeschreckt. Die Widerstände der Industrie, der Finanz- und Agrarlobby sind groß – und finden bei den Regierungen ein offenes Ohr. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in Deutschland und neue globale Übereinkünfte, die ökologisches und soziales Dumping verhindern. Wir brauchen eine forcierte Effizienzstrategie für Energie und Rohstoffe und einen Lebensstil, der die natürlichen Grenzen anerkennt. Das Gemeinwohl, national und international, muss Vorrang vor dem Markt bekommen. Wachstum ist längst keine Antwort mehr, sondern das Problem. Wir müssen auf umweltverträglichen Wohlstand setzen.“

Die Studie wurde unter der Leitung von Dr. Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie erarbeitet. Die Herausgeber wollen mit der Studie eine gesellschaftliche Debatte anstoßen. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin Brot für die Welt: „Statt Beobachtung und bloßer Subventionierung der Risiken sich vermeintlich selbst regulierender Märkte, brauchen wir mehr politische Steuerungsbeiratschaft und Steuerungsfähigkeit des Staates. Und wir brauchen eine breite Mobilisierung der Zivilgesellschaft, um die Wirtschaftsdynamik innerhalb von ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Leitplanken zu halten.“

Die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der Herausgeber steht unter dem Motto „Zukunft fair teilen“. „Zwölf Jahre nach der wegweisenden ersten Studie über ein Zukunftsfähiges Deutschland möchten wir die Nachhaltigkeitsdebatte mit konkreten Analysen und Perspektiven neu beleben und zum Mitmachen anregen. Wir wollen die Weichen neu stellen – hin zu einem zukunftsfähigen Deutschland in globaler Verantwortung“, so Dr. Konrad von Bonin, Vorstandsvorsitzender des EED.



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.* Frankfurt a. M. 2008. Fischer Taschenbuch Verlag. 660 Seiten, 14,95 Euro, ISBN 978-3-596-17892-6.

Weitere Informationen unter www.zukunftsfahiges-deutschland.de
Gemeinsame Pressemitteilung von BUND, Brot für die Welt und EED; 14. 10. 2008

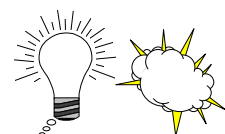
Öko-Vorreiter Deutschland: Untüchtig zum Handeln

Deutschland gilt als Öko-Vorreiterland, das die Umweltbelastung deutlich gesenkt hat. Doch die Realität sieht anders aus. Der Umwelt- und Rohstoffverbrauch hat sich seit den 90er Jahren kaum verändert. Es gibt nur zwei Ausnahmen: Die direkte Verschmutzung von Luft und Wasser ist zurückgegangen, und erneuerbare Energien haben einen unerwarteten Aufschwung genommen. Das zeigt die neue Studie "Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt". Sie wurde vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag des Umweltverbandes BUND, des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und der Aktion "Brot für die Welt" erarbeitet.

Die Analyse zieht Bilanz zwölf Jahre nach einer Studie namens "Zukunftsfähiges Deutschland" vom gleichen Institut. Damals hatten die Umweltforscher Ziele definiert, die bis 2010 beziehungsweise 2050 erreicht sein müssten, um eine "nachhaltige Entwicklung" gemäß den Vorgaben des UN-Erdgipfels in Rio zu erreichen. Die Hauptfaktoren: Energie- und Materialverbrauch, Flächennutzung und Schadstoff-Ausstoß. "Im Rückblick... muss man insgesamt ein ernüchterndes Fazit ziehen", schreiben die Forscher.

Beispiel: Der Verbrauch von Primärenergie und anderen Ressourcen sollte um 30 beziehungsweise 25 Prozent sinken. Tatsächlich ist er zwischen 1995 und 2005 sogar um knapp zwei respektive fünf Prozent gestiegen. Dass der CO₂-Ausstoß trotzdem um 5,2 Prozent gesunken ist, liegt am Wachstum von Windkraft, Biomasse- und Solarenergie.

Negativ ist die Entwicklung besonders beim "Bodenverbrauch". Jeden Tag gehen rund 118 Hektar Fläche durch Bebauung und neue Verkehrsflächen verloren - nur minimal weniger als 1995, damals waren es 120 Hektar. Dabei hatte die erste Wuppertal-Studie sogar einen Stopp des Flächenverbrauchs bis 2010 gefordert. Die geforderte Umstellung auf ökologischen Landbau samt "Regionalisierung der Nährstoffkreisläufe" verläuft schleppend. Bis 2005 waren erst 4,7 Prozent der Fläche im Öko-Anbau. Gleiches gilt für das Ziel, den Waldbau naturnah umzugestalten.



Trotz der negativen Bilanz hegen die Forscher Hoffnung. In Politik und Wirtschaft habe sich "ein Gezeitenwechsel" vollzogen, attestieren sie. "Vorbei sind die Zeiten neoliberaler Euphorie und auftrumpfender Globalisierung", schreiben die Autoren, die ihre Studie noch vor dem jüngsten Finanzcrash abschlossen (siehe Interview). Allerdings warnen sie auch vor zu viel Optimismus. Nachdem die "kollektive Verdrängung" der Probleme vorbei sei, scheine eine "kollektive Schizophrenie um sich zu greifen" - man sei ausgerüstet mit Wissen, doch vielfach "untüchtig zum Handeln".

Trotz wegweisender Klima-Beschlüsse von Bund, EU und G8-Industriestaaten gehe "vieles weiter seinen gewohnten Gang". Beispiel Deutschland: Die Wissenschaftler erinnern an den Plan, 25 neue Kohlekraftwerke zu bauen, an die Ausbauprojekte der Flughäfen Frankfurt/Main und München, die ungebremste Zersiedelung der Landschaft. Ihr Fazit: "Die Eigenlogik eines Bereichs hintertreibt das für alle proklamierte Ziel".

Die Studie fordert eine Kurskorrektur in den nächsten zwei Jahrzehnten. Mut mache, dass der Wandel "von unten" schon im Gange sei - "vom Biolandbau zum Fairhandel, von Null-Energie-Häusern zur Solarindustrie, von Stadtteil-Initiativen zu globalen Forschungs-Netzwerken". Die Pioniere des Wandels brauchten allerdings Unterstützung: "Es ist an der Politik, zum Garant dieses Wandels zu werden".

BUND, EED etc. (Hrsg): "Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Frankfurt a. M., Fischer-Taschenbuch-Verlag, 2008, 14,95 Euro.Welt",

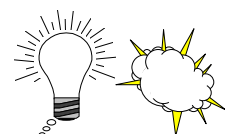
Frankfurter Rundschau, 14. Oktober 2008

"Grünes Zeug in Energie verwandeln"

Weg vom teuren Heizöl und Strom - hin zur Eigenversorgung mit fossiler Biomasse: Erstmals wurde deutschlandweit untersucht, wie viel Bioenergie aus Abraum von Naturschutzflächen gewonnen werden kann. Im Landkreis Vulkaneifel gibt es genügend rentable Areale.

Kirchweiler. Die Ergebnisse der 28000 Euro teuren Studie können sich sehen lassen: Aus acht Biotopen im Landkreis Vulkaneifel könnte fossile Biomasse gewonnen werden, um jährlich 215 Einfamilienhäuser mit Strom und 37 mit Wärme zu versorgen.

50 Zuhörer interessierten sich dafür. Jacqueline Kraege, Staatssekretärin im Mainzer Umweltministerium: "Naturschutz durch Nutzung ist eine unserer Leitlinien. Pro Jahr bezahlen wir alleine sieben Millionen Euro für die Entsorgung von Grünschnitt. Das kann anders geregelt werden."



SPD-Landtagsabgeordnete Astrid Schmitt ergänzt: "Es wäre sträflich, wenn wir die Chance, grünes Zeug in Energie zu wandeln, nicht nutzen würden." Rasch machten die Experten des Birkenfelder Umweltcampus, Thomas Anton und Frank Wagener, sowie der Dauner Biotopbetreuer Gerd Ostermann klar, dass die in Naturschutzflächen anfallende Biomasse zwar nur eine, "aber nicht zu unterschätzende" Komponente sei. Beispielsweise sei die Rodung von Kieferbeständen in schützenswerten Wacholderheiden forstwirtschaftlich unrentabel, aber für die Verwertung als Hackschnitzel-Brennstoff interessant. Auch der anfallende Grünschnitt kann als Biomasse dienen. Das 40 Hektar große Kirchweiler Rohr prädestiniert das Dorf als Standort für ein Bioenergie-Kraftwerk. Die Experten stellten die Vision eines Nahwärme-Netzwerkes vor. Ortsbürgermeister Stefan Simon: "Wir sind neugierig darauf, was machbar ist." Erwin Görden fordert aus dem Publikum eine Machbarkeitsstudie. Staatssekretärin Kraege sagt die Finanzierung zu. Als weiterer Standort wurde in der Studie Jünkerath ausgemacht.

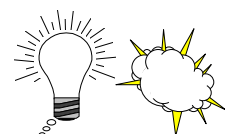
Ortsbürgermeister Rainer Helfen: "Wir favorisieren die Anschaffung einer Holzvergasungsanlage." Andere sehen die Chance eher in einer Kombi-Anlage, die auch Ballen von Grünschnitt verwerten kann. Bernd Feltges vom Kreisbauernverband Daun warnt: "Es ist ein Irrglauben, dass Landwirte Heu und Stroh im Überfluss zum Verbrennen haben."

Johannes Pinn, Experte der Forstverwaltung für Bioenergie, fordert die Installation von Biomassehöfen und eine bessere Vernetzung: "Die Zeit für eine kreisweite Bioenergiegenossenschaft ist so reif wie noch nie." Spontaner und heftiger Applaus quittiert die Bereitschaft.

Extra

Die acht Biotop-Schwerpunktgebiete im Landkreis Vulkaneifel, die hohe Anteile gras- und holzartiger Biomasse liefern könnten, umfassen 506 Hektar. Sie befinden sich in Wäldern zwischen Mirbach und Lissendorf (10,2 Kilowatt - in Klammern die Einzelleistungen zum Bioenergiekraftwerk), bei Üxheim (1,3 KW), im Grünland bei Berndorf/Walsdorf (78,3 KW), bei Neroth (77,3 KW), bei Schalkenmehren/Udler/Ellscheid (80,3 KW), bei Birresborn (15,4 KW) und bei Mosbruch (10,2 KW) sowie das Kirchweiler Rohr (78,3 KW). Mit der Gesamtleistung des 351,5 Kilowatt-Kraftwerkes könnten 215 Einfamilienhäuser jährlich mit Strom und 37 mit Wärme versorgt werden. (vog)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/gerolstein/aktuell/Heute-in-der-Gerolsteiner-Zeitung;art8068,1861187> ; 23.10.08; Von unserer Mitarbeiterin Gabi Vogelsberg



Mainz: "Kraftwerk ohne Perspektive"

Energie-Fachmann sieht Stadtwerke gefährdet

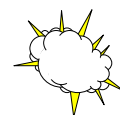
Das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue ist laut Prof. Lorenz Jarass betriebswirtschaftlich nicht rentabel. "Wir haben energiepolitisch eine Zeitenwende und mit dem von der Bundesregierung forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien eine völlig andere Situation als noch vor einigen Jahren", sagt der Wirtschaftswissenschaftler im Gespräch mit der AZ.

Bei seiner Argumentation geht es nicht um umweltpolitische Fragen, sondern ausschließlich um die wirtschaftlichen Perspektiven von "schwer regelbaren Grundlastkraftwerken". Laut Jarass haben aufgrund des "massiven Anstiegs des Anteils erneuerbarer Energieträger, vor allem der Windenergie, an der Stromversorgung in Deutschland" Anlagen wie der von den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden (KMW) geplante 800-Megawatt-Kohleblock keine Perspektiven mehr. Vielmehr müssten schnell regelbare Kraftwerke gebaut werden, die die Mittel- und Spitzenlast abdecken und über Stromspeicher verfügen. Denn schon in absehbarer Zeit sei es möglich, den Strombedarf in Deutschland zeitweise mit Erneuerbaren Energien abzudecken.

"Bei der Umsetzung des Programms der Bundesregierung wird immer weniger Grundlast nachgefragt", so Jarass. Die Preise gingen dann zu den Zeiten, in denen ausreichend Strom aus Erneuerbaren Energien zur Verfügung stünde, "an der Strombörse immer mehr in den Keller". Daher sei es falsch, dass die KMW bei ihren Wirtschaftlichkeitsberechnungen von jährlich 7.000 Betriebsstunden ausgehen. Untersucht werden müsste vielmehr "ob die Anlage sich bei 3.000 Stunden noch rechnet, was laut Jarass aber nicht der Fall sei. Die Frage ist nicht, ob Kohle- oder Gaskraftwerk, sondern ob gut regelbar oder - wie jetzt bei KMW unsinniger Weise geplant - schwer regelbar." Und dies sei mit kleineren Einheiten, die mit Gas flexibel geregelt werden könnten, machbar. Und: Die Investitionskosten für ein Gaskraftwerk seien nur halb so hoch.

So zögen sich E.ON und RWE aus dem Bau von Kohlekraftwerken immer mehr zurück. Von den derzeit 20 projektierten Kohlekraftwerken in Deutschland seien die beiden Unternehmen nur noch an drei beteiligt, zwei davon seien gemeinsam mit Stadtwerken projektiert, eines in Wilhelmshaven habe nur eine Leistung von 500 Megawatt. "Es steht zu befürchten, dass die durch die betriebswirtschaftlichen Fehlentscheidungen bedingten Verlust am Ende zum Zusammenbruch der Stadtwerke führen, und dann die Großen (Stromkonzerne) die Kleinen (Stadtwerke) billig aufkaufen können."

Allgemeine Zeitung vom 29.8.08



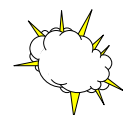
MZ-Kohlekraft: Politiker lassen Muskeln spielen

Erbittert streiten die Parteien im Mainzer Stadtrat um das geplante und in der Bevölkerung umstrittene Kohleheizkraftwerk. Längst geht es neben der Sache auch um taktisches Kalkül mit Blick auf die Kommunalwahl im Juni 2009. Gestern erreichte der Streit einen vorläufigen Höhepunkt. Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD) setzte einen mehrheitlich gefassten Ratsbeschluss aus, der das Kraftwerk durch die Hintertür hätte verhindern sollen.

Für den geplanten Standort, das Industriegebiet "Ingelheimer Aue", hatte die CDU-Fraktion die Aufstellung eines Bebauungsplanes beantragt und eine Veränderungssperre. Die Mainzer Christdemokraten hatten sich im März aus dem Lager der Kraftwerksbefürworter herausgelöst und waren zu den Gegnern gewechselt - flankiert von der Landes-CDU. Mit den Stimmen von Grünen und ÖDP erzielte der CDU-Antrag gestern eine Mehrheit von 32 Stimmen, 26 waren dagegen, darunter SPD und FDP. Im Bebauungsplan sollte eine Gebäudehöhe von maximal 40 Metern festgelegt werden, was das Aus für das höhere Kohlekraftwerk bedeutet hätte. Diesen Beschluss hatte der Rat im Juni schon einmal gefasst. Beutel hatte ihn damals formaljuristisch angezweifelt. Gestern sagte er erneut "Nein", setzte den Beschluss aus und berief sich auf ein Gutachten, wonach der Beschluss Grundsätze der Wirtschaftlichkeit verletze. Weil er den Bau des Kohleheizkraftwerkes unmöglich mache, drohe ein Verlustrisiko für die Stadt von zunächst über 100 Millionen Euro, erläuterte der Oberbürgermeister. Denn das Kraftwerk ist schon bestellt, der Stadtrat hatte es mit den Stimmen der CDU im Jahr 2007 auf den Weg gebracht.

Die gestrige Entscheidung Beutels wird wohl die Kommunalaufsicht beschäftigen. Eine andere Behörde, die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD) in Neustadt ist ebenfalls seit Monaten mit dem Kohleheizkraftwerk befasst. Im Oktober wird sie voraussichtlich über den Genehmigungsantrag entscheiden. Von sechs in Auftrag gegebenen Gutachten zur Auswirkung des Kraftwerks auf Umwelt und Gesundheit sind drei eingetroffen. Die Belastung durch das Kraftwerk wird darin nach SGD-Angaben als nicht erheblich eingestuft.

Das 1,2 Milliarden Euro teure Kohleheizkraftwerk mit einer Leistung von 823 Megawatt soll, wie mehrfach berichtet, ab dem Jahr 2012 das derzeitige Gas- und Dampfkraftwerk (Leistung: 400 Megawatt) ersetzen. So planen es die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW), eine hundertprozentige Tochter der Stadtwerke beider Kommunen links und rechts des Rheins, seit drei Jahren. Zwar liegen Pläne für ein genehmigtes weiteres Gaskraftwerk vor, aber derzeit sei kein Gas zu wirtschaftlich günstigen Preisen lieferbar, heißt es. Um den Kraftwerkstandort Mainz zu erhalten, übrigens der einzige in Rheinland-Pfalz, sei der Wechsel zur Steinkohle unabwendbar. In Mainz subventioniert die KMW-Mutter Stadtwerke über die Einnahmen aus dem Stromverkauf den öffentlichen Personennahverkehr und sie hat die Kunsthalle gebaut. Das städtische Unternehmen übernimmt zudem in beträchtlichem Umfang Schuldendienste für die mit mehr als einer halben Milliarde Euro in der Kreide stehende Landeshauptstadt.



Gegen das Kraftwerk hat sich erst im Laufe des vergangenen Jahres massiver Widerstand aus der Bevölkerung formiert. Die Bürgerinitiative "Kohlefreies Mainz" (KoMa) prangert die zu erwartende Kohlendioxid-Emission von jährlich vier Millionen Tonnen an, eine Ärzte-Initiative lehnt das Projekt wegen der Feinstaub-Emission ab. Professoren der Fachhochschule stellen die Wirtschaftlichkeit des Kohlekraftwerks in Frage. Selbst das Katholische Dekanat in Mainz leistet aktiv Widerstand gegen die Pläne für das Kohlekraftwerk. 47.500 Einwender haben sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bei der SGD Süd gemeldet, die Anhörung dauerte drei Wochen.

Auf der politischen Seite steht die SPD mit OB Beutel fest hinter den Kraftwerksplänen. Die Mainzer Grünen waren von Anfang an gegen das Projekt, aber erst seit die CDU im März die Abkehr von der Kohle beschlossen hat, ist das Kraftwerk zu einem Politikum geworden.

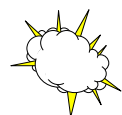
Rheinpfalz vom 4.9.08

Weniger Schadstoffe in Mainzer Luft

Das geplante Kohlekraftwerk in Mainz, das in der Bevölkerung wie im Stadtrat hoch umstritten ist, soll im Betrieb umweltfreundlicher werden als bisher geplant.

Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) hat angekündigt, die Abgasreinigungsanlagen des 823-Megawatt-Kraftwerks so aufzubessern, dass der Ausstoß von Staub und Stickstoffdioxid um etwa 50 Prozent unter den gesetzlichen Vorgaben bleibt. Das mit 1,2 Milliarden Euro veranschlagte Projekt ist derzeit im Genehmigungsverfahren, zuständig ist die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd in Neustadt. SGD-Präsident Seimetz nannte die KMW-Entscheidung "einen Schritt in die richtige Richtung". Die Luftsituation in Mainz und die Argumente der Einwender seien für die SGD Anlass gewesen, in vielen Gesprächen mit dem Träger des Vorhabens und externen Experten "technische Möglichkeiten für eine Minderung der Schadstoffemissionen auszuloten". Die Bürgerinitiative "Kohlefreies Mainz" bezeichnete es gestern als "Skandal", dass die KMW den Bürgern zwei Jahre lang veraltete Reinigungstechniken untergejubelt habe.

Rheinpfalz vom 16.10.08



Bürgerbefragung soll über Kohlekraftwerk entscheiden

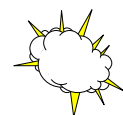
Kraftwerksgegner unterbreiten KMW ein Angebot, wie der Kraftwerksstreit binnen 7 Monaten beendet werden kann

"Aufgrund des zwischenzeitlich eskalierten Streits um das Importkohlekraftwerk, eindeutiger und mehrfacher, aber ausgesetzter Voten der Stadtparlamente von Mainz und Wiesbaden, knapp 60.000 Einwendungen auch institutioneller Organisationen wie der Stadt Wiesbaden und einer dokumentierten Ablehnung des Kraftwerksprojektes durch mehr als 80 % der Bevölkerung in der Region werfen wir der KMW vor, durch rücksichtsloses Vorantreiben der Planungen vollendete Tatsachen schaffen zu wollen." so Meinrad von Engelberg. "Das Verhalten der KMW ist nur zu erklären, wenn man unterstellt, dass der KMW als kommunaler Gesellschaft der demokratisch erklärte Wille einer ganzen Region und damit der Wille ihrer Miteigentümer schlicht egal ist. Die zweifelsohne folgenden ergebnisoffenen Rechtsstreitigkeiten, letztendlich ausgelöst durch das Verhalten der Oberbürgermeister von Mainz und Wiesbaden, wären bei echter Diskussionsbereitschaft vermeidbar, werden aber für beide Seiten langwierig sowie teuer sein und führen sicher zu keiner höheren Akzeptanz in der Bevölkerung. Im Gegenteil: Die Wahrung demokratischer Prinzipien steht auf dem Prüfstand."

Mit der späten Beauftragung des IFOK-Instituts zur Gründung eines ‚Gesprächskreises Ingelheimer Aue‘, beauftragt und bezahlt von der KMW, soll eine angeblich ergebnisoffene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger suggeriert werden, die durch das vehemente Vorantreiben der aus Sicht der KMW alternativlosen Kohlekraftwerksplanungen de facto nicht gegeben ist.

"Wie kann man Bürger und Institutionen zu einem angeblich ergebnisoffenen Gesprächskreis einladen, ohne auch nur ansatzweise die Bereitschaft zu zeigen, sich mit umwelt- und klimafreundlicheren Alternativen wie z.B. dem bereits genehmigten GuD-Gaskraftwerk oder dem Umstieg auf Erneuerbare Energien auseinanderzusetzen?" fragt Bernhard Braun. "Glaubwürdige Akzeptanz bekäme ein solcher Gesprächskreis nur, würde man bis zum Ende der Diskussionen rund um das Kohlekraftwerk keine vollendeten Tatsachen schaffen wollen und die Planungen aussetzen! Ein solches Projekt kann nur im Konsens und nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden."

Prof. Pietsch ergänzt: "Die gesundheitlichen Risiken eines KKW sind wissenschaftlich belegt, selbst die KMW erkennt diese mit der geplanten Nachbesserung der Filteranlagen für NOx und Feinstaub an. Allerdings ist dies für ein bereits jetzt schon hochbelastetes Gebiet wie MZ/WI keinesfalls ausreichend, der Energieträger Kohle emittiert anders als beispielsweise Gas zusätzlich vielfältige toxische und kanzerogene Stoffe - je nach Herkunft der Kohle. Nur die strikte Vermeidung zusätzlicher Emissionen ist zielführend. Die Folgekosten aufgrund einer erhöhten Morbidität sind gar nicht kalkulierbar."



Und auch in wirtschaftlicher Hinsicht sind die Folgekosten kaum kalkulierbar, warnen die Initiatoren des offenen Briefes der Wirtschaftswissenschaftler gegen das Mainzer Kohlekraftwerk. Nicht nur die Baukosten des Kraftwerks sind massiv gestiegen; ein großes Risiko liegt vor allem in der Abhängigkeit von teurer werdender (Import-)Kohle und sich ebenfalls verteuernenden CO₂-Zertifikaten. Am Ende zahlt der Bürger die Zeche, warnen die Wirtschaftswissenschaftler, und umso erstaunlicher sei es, dass die Ablehnung dieser Bürger nicht respektiert wird.

"Sollte die KMW aufgrund der bereits im September beantragten Teilbaugenehmigung ernsthaft im Januar 2009 mit dem Bau beginnen wollen, werden zweifelsohne weitere gerichtliche Auseinandersetzungen zu ‚Sofortvollzug‘ und ‚Baustopp‘ anhängig sein." führt Christof van den Bruck aus. "Bei Unterliegen müsste die KMW auf eigene Kosten rückbauen, letztendlicher Kostenträger wären die Bürger von Mainz und Wiesbaden, die Steuerzahler und die Stromkunden. Königlich und langfristig verdienen würden an Rechtsstreitigkeiten lediglich Gutachter und Rechtsbeistände.

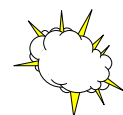
Wir hier genannten Organisationen wurden zum 'Gesprächskreis Ingelheimer Aue' eingeladen. Gleichzeitig muss aber beobachtet werden, dass die KMW - Gesprächskreis hin, Gesprächskreis her - weiter versucht, Fakten zu schaffen. In dieser Situation lehnen es alle hier genannten Organisationen ab, an Gesprächen teilzunehmen, deren Ergebnis für die KMW offensichtlich keinerlei Relevanz hat.

Der Gesprächskreis macht erst dann Sinn, wenn ein ernsthafter Austausch über das Für und Wider des Kohlekraftwerks möglich ist, ohne dass gleichzeitig Bagger rollen. Nur dann fühlen sich die eingeladenen Kohlekraftwerksgegner auch wirklich ernst genommen.

Deshalb schlagen wir Kraftwerksgegner der KMW folgendes vor:

Wir bitten die KMW hiermit, bei der SGD Süd eine Rückstellung ihres Antrages auf BlmschG-Genehmigung und auf einen wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschluss zu beantragen. Während der ‚Gesprächskreis Ingelheimer Aue‘ läuft, sollen keine weiteren Fakten geschaffen werden. In den folgenden Monaten wäre ein intensiver Dialog über die Vor- und Nachteile eines Kohlekraftwerks in Mainz möglich, mit dessen Hilfe sich die Bürger eine Meinung bilden oder eine bereits vorhandene Meinung überdenken können. Nur das kann Ziel eines solchen ergebnisoffenen Dialog-Forums sein. Am Ende des Prozesses fordern wir eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis von beiden Seiten, also Befürwortern wie Gegnern des Kohlekraftwerks, uneingeschränkt akzeptiert wird.

Die Bürgerbefragung soll am 7. Juni 2009 parallel zur Europawahl in Mainz und Wiesbaden stattfinden. Das ermöglicht eine vergleichsweise große Wahlbeteiligung und senkt den Aufwand auf ein Minimum.



ENERGIE-INFO SEITE 35

Dieser Vorschlag resultiert aus der Tatsache, dass die KMW (aus welchen Gründen auch immer) nicht bereit ist, den eindeutigen Voten der Stadtparlamente zu folgen. Andererseits war es die KMW, die den Gesprächskreis Ingelheimer Aue ins Leben gerufen hat. Wenn sie tatsächlich daran interessiert ist, die Bürger in ihr Vorhaben einzubinden, kann sie sich unserem Vorschlag nicht verweigern!

Eine demokratische Bürgerbefragung wird für alle Beteiligten - auch für die KMW - nur von Vorteil sein:

- Das kurze (nur 7 Monate), aber echte Moratorium (Stopp der Planungsaktivitäten und erst recht keine Bauarbeiten) gibt allen Akteuren und vor allem der KMW Raum, um doch noch einmal ergebnisoffen Alternativen zum Kohlekraftwerk gegenüber dem Kohle-Projekt abzuwägen. Rechtsstreitigkeiten werden länger dauern....
- Der Glaube in demokratische Entscheidungsstrukturen wird bei den Bürgern wieder hergestellt.
- "Kommunale Mitbestimmung" erhält wieder einen Wert.
- Sollte die KMW eine Mehrheit für ihr Kraftwerksprojekt gewinnen, so kann ihr nicht vorgeworfen werden, dass sie Energiepolitik gegen anstatt für die Bürger (und somit ihre Miteigentümer) betreibt.
- Der KMW bleiben zahlreiche langwierige Rechtsstreite erspart, deren Ausgang völlig offen ist."

Von Engelberg abschließend: "Der Streit um das Kohlekraftwerks-Projekt dauert nun mehr als zwei Jahre an. Es wäre ein großer Fehler, nun in großer Hektik zu versuchen, schnell Fakten zu schaffen und damit die Bürgerinnen und Bürger der Region zu über-rumpeln. Dies würde nicht nur das Image von Stadtwerken und KMW nachhaltig ramponieren, sondern zu großen Rechtsunsicherheiten führen."

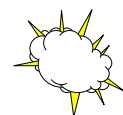
Wir sagen: "Lasst uns ein halbes Jahr intensiv im Rahmen des von der KMW gegründeten Gesprächskreises das Für und Wider zum Kohlekraftwerk austauschen. Und lasst dann die Bürger, die in letzter Konsequenz die Rechnung bezahlen werden, entscheiden." Wir sagen aber auch: "Kaffeekränzchen, die keiner ernst nimmt, wird es mit uns nicht geben. Falls die KMW weiter versucht, Fakten zu schaffen, werden wir Argumente austauschen, aber nicht im KMW-Gesprächskreis sondern im Zweifel vor Gerichten. Das wollen wir nicht und rufen die KMW deshalb auf, unser Angebot anzunehmen. Auch im eigenen Interesse und um den sozialen Frieden in Mainz und Wiesbaden wieder herzustellen."

Gerne stehen Ihnen für Rückfragen zur Verfügung:

Dr. Bernhard Braun, Landesvorsitzender des BUND-RLP, Prof.Dr. Michael Pietsch, Co-Sprecher der Ärzte gegen das Mainzer Kohlekraftwerk, Dr. Meinrad von Engelberg, Sprecher der Bürgerinitiative Kein Kohlestrom Wiesbaden (KeKoWi), DiplAng. Christof van den Bruck, Vorsitzender der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa).

Gemeinsame Presseerklärung vom 23.10.08

Ärzteinitiative c/o Dr.G.Schwarz, Bund für Umwelt- und Naturschutz Dtl. BUND LV Rheinland-Pfalz, Kohlefreies Mainz KoMa, Kein Kohlestrom Wiesbaden KeKoWi



Atommüll-Lager Asse einsturzgefährdet

Die Sicherheit des Lagers für mittelradioaktiven Abfall im Salzbergwerk Asse steht ernsthaft in Frage. Das teilte Umweltminister Gabriel (SPD) bei der Vorlage eines Untersuchungsberichts gestern in Berlin mit. Gabriel sieht in dem Lager, in das ohne Genehmigung auch Kernbrennstoffe eingelagert wurden, die "problematischste Nuklearanlage in ganz Europa".

Angesichts dramatischer Missstände im Atomlager Asse droht ein Wettlauf mit der Zeit, um den strahlenden Müll doch noch zu sichern. Experten befürchten einen Einsturz des Bergwerks ab 2014. Derzeit ist aus Sicht von Umweltminister Sigmar Gabriel die Sicherheit der 126.000 Fässer Strahlenmüll in dem ehemaligen Bergwerk nicht garantiert. Darunter befinden sich auch geringe Mengen Plutonium und Material, das offiziell als "Kernbrennstoff" klassifiziert wird.

Gabriel kündigte an, dass er mit Bundesforschungsministerin Schavan (CDU) und dem niedersächsischen Umweltminister Sander (FDP) über einen grundlegend neuen Umgang mit dem Versuchsendlager sprechen werde. Dabei gehe es auch um die Frage, ob das Umweltministerium die Anlage als Betreiber übernimmt.

Dem Bericht zufolge strömt seit Jahrzehnten Wasser in das Bergwerk, wo sich inzwischen verstrahlte Lauge sammelt. Einige Atomfässer wurden Gabriel zufolge bereits bei der Einlagerung beschädigt, einige sind inzwischen durchgerostet.

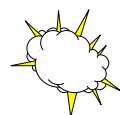
Der Statusbericht hat nach Gabriels Worten schwerwiegende Mängel beim Betreiber und bei der Aufsicht, dem Landesamt für Bergbau in Niedersachsen, aufgedeckt. Die Sicherheit sei nirgends nachgewiesen. Unter anderem habe man erstmals herausgefunden, dass die Undichtigkeit des Bergwerks schon vor 1967 bekannt war und nicht erst seit 1988. Das sei ein "unglaublicher Vorgang", sagte Gabriel.

Für die Endlagerdebatte bedeuteten die Fehler und Versäumnisse in Asse den "Gau", also den größten anzunehmenden Unfall, sagte Gabriel. Angesichts so gravierenden Fehlverhaltens werde die Bevölkerung nicht glauben, dass bei der Suche nach einem offiziellen Endlager für hochradioaktive Stoffe alles ordentlich und sicher ablaufe. Dafür im Gespräch ist der Salzstock Gorleben.

Rheinpfalz vom 3.9.08

Asse: Alles falsch gemacht

Das Bundesamt für Strahlenschutz rügt die Sorglosigkeit im Umgang mit radioaktivem Müll. Dem Land Niedersachsen sollen die maroden Zustände in Asse seit 1993 bekannt gewesen sein.



Die Herausforderungen der atomaren Endlagerung sind laut dem Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, systematisch unterschätzt worden. Die frühere Sorglosigkeit sei aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbar, sagte König gestern der "Berliner Zeitung". Sie habe viel mit der früheren Atom-Euphorie zu tun. Das schadhafte Atommülllager Asse in Niedersachsen sei ein Beispiel dafür, was man alles falsch machen könne, wenn man sich nicht von Anfang an um eine ernsthafte Sicherheitsanalyse kümmere.

Einem Bericht des Magazins "Focus" zufolge sollen die massiven Probleme in dem Atommülllager bereits seit 15 Jahren bekannt sein. Ein entsprechendes Gutachten habe die damalige SPD-geführte Landesregierung 1991 in Auftrag gegeben und dann jahrelang unter Verschluss gehalten. Als größtes Problem sahen die Gutachter demnach den Einbruch oder das Einsickern von Wasser in die Stollen

Das Papier der zuständigen Aufsichtsbehörden in Niedersachsen habe 1993 vorgelegen und sei dann bis 1998 fortgeschrieben worden. Einen "Bereich erhöhter Gefährdung" machten die Experten demnach etwa an der Südwestflanke des Bergwerks in unmittelbarer Nähe der Atommüllkammern aus. Alle Hohlräume oberhalb der 750-Meter-Sohle müssten "unverzüglich" ausgefüllt werden, um das einsturzgefährdete Bergwerk zu stabilisieren. Täglich sickerten damals bereits 4000 Liter Salzlauge ein, wie das Magazin berichtete.

Die Union im Bundestag forderte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) auf, endlich die zugesagten Vorschläge für ein Endlagergesetz vorzulegen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Röttgen, sagte der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", die Kritik Gabriels an den Zuständen in Asse sei richtig, führe aber nicht weiter. Asse dürfe nicht instrumentalisiert werden, um "an einer überkommenen Anti-Atom-Ideologie festzuhalten". Die Union will den Atom-Ausstieg rückgängig machen.

DIE RHEINPFALZ vom 7.9.08

Hinter den Kulissen ist die Rede vom "Endlager"

Belege aus den 60er Jahren zeigen: Karlsruher Kernforscher sahen das Bergwerk Asse von Anfang an nicht als Versuchsobjekt

Der Skandal um das Atommülllager im Salzbergwerk Asse geht zurück bis in die 1960er Jahre. Das Kernforschungszentrum Karlsruhe hatte Entsorgungsprobleme. Öffentlich war damals von "Versuchen im Bergwerk" die Rede, hinter den Kulissen sprachen die Karlsruher Atomforscher indes längst von einem Endlager.



Die Deutschen schöpften an diesem Montag des Jahres 1964 wieder so etwas wie Hoffnung. Sie lasen an jenem 2. November in ihren Zeitungen, dass in Berlin - erstmals nach dem Bau der Mauer - DDR-Rentner wieder Verwandte im Westen besuchen durften. Solche Nachrichten wurden auch im damaligen Zonenrandgebiet aufmerksam registriert. Dabei plagten die Menschen dort noch ganz andere Sorgen. Ein paar beherzte Damen in Braunschweig tippten einen geharnischten Brief an den Bundesforschungsminister in ihre Schreibmaschine. Die Frauen des örtlichen Hebammenverbandes und des "Bundes für alkoholfreie Kultur" machten sich ernsthaft Sorgen über die bevorstehende Atommüllagerung im Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel.

Energischen Einspruch wollten sie einlegen. Die Frauen ahnten irgendwie, worum es bei dem Atommüll im Bergwerk wirklich gehen sollte: nämlich nicht um ein Forschungsvorhaben oder eine einmalige Aktion, wie es seinerzeit hieß, sondern um eine "ständig wachsend Gefahr". Und das alles in ihrer landwirtschaftlich geprägten Gegend, deren Bauern den Braunschweiger Großmarkt belieferten.

Alle ihre Sicherheitsbedenken, schrieben die Damen, seien "nicht widerlegt". Die ministerielle Antwort kam einen Monat später. Im Dezember 1964 wurde den Damen erklärt, im Salzbergwerk Asse ginge es nur "um Forschungsarbeiten" - und eine Lagerung von Atommüll sei "zur Zeit nicht beabsichtigt". Solche Dokumente finden sich im Bundesarchiv Koblenz, wo sie das Asse-kritische Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen ausgegraben hat.

Von dem, was angeblich nicht beabsichtigt war, hatten einige Karlsruher Atomwissenschaftler des dortigen Kernforschungszentrums zur gleichen Zeit ganz andere Vorstellungen. Sie leiteten im ministeriellen Auftrag eine Projektgruppe zur Lagerung radioaktiver Abfälle. Während der Minister die empörten Braunschweiger Damen beruhigte, sprachen die Karlsruher in internen Papieren längst von einer "Endlagerung" oder davon, dass das stillgelegte Salzbergwerk Asse "ab sofort" zur Verfügung stehe und "bereits ab 1965 sämtliche Einlagerungswünsche erfüllt". Die Karlsruher produzierten mit ihren Reaktoren und der kurz vor der Inbetriebnahme stehenden Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente (WAK) Tonnen von Atommüll. Die Lager waren bis zum Bersten gefüllt und Asse in Niedersachsen schien für 600.000 Mark Kaufpreis (etwa 300.000 Euro) ein Schnäppchen.

Allzu tief mochten die Badener jedoch nicht einsteigen. Ein Erwerb des Bergwerks durch ihre Gesellschaft für Kernforschung, so hielten sie in einem vertraulichen Vermerk vom 28. Februar 1964 fest, schien ihnen "wegen der nötigen Verantwortlichkeit die bei der Einlagerung von radioaktiven Abfällen über Jahrhunderte hinausgehen muss, nicht sinnvoll". Folglich sollte der Bund kaufen, das hielten die Karlsruher für "günstiger". Also brachte die bundeseigene Gesellschaft für Strahlenforschung (GfS), ein Vorläufer des heutigen Helmholtzzentrums in München, das Geld auf.



Aber zunächst wurden, in den frühen 60er Jahren, Pläne geschmiedet, wie die Öffentlichkeit ruhig gestellt werden konnte. Kritische Stimmen befürchteten seinerzeit, das Atommülllager im Salzbergwerk könne durch Wasser- und Salzlaugeinbruch "absaufen" und dadurch Radioaktivität "in den Biokreislauf gelangen". Da schien der bundeseigenen GfS ein williger Bergassessor a. D. höchst willkommen. Der Mann hielt die Gefahr des Absaufens für "nicht so groß", er bot dem Bund im November 1965 für 10.000 Mark Honorar ein Gutachten an, um "durch meine in diesem Sinne abgefassten Ausführungen (...) die Bedenken etwas zu zerstreuen". Ein solches Vorgehen hielt die Gesellschaft für Strahlenforschung ausdrücklich "für angemessen".

Nur einmal waren die neuen Asse-Eigentümer etwas pikiert. Noch im Jahr 1965 wollte das Kernforschungszentrum die ersten Atomabfälle in die Asse schaffen lassen, um sich den Bau einer 1,6 Millionen Mark teuren Lagerhalle zu sparen. Eine solche "Massenanlieferung" aber, so fürchtete der Betreiber in einem Vermerk vom 20. August 1965, werde "politische Auswirkungen" haben. Schließlich habe der Bund die Widerstände "durch beruhigende Erklärungen", dass es im Bergwerk nur um die "Erforschung über Möglichkeiten einer Endlagerung" gehe, "vorläufig überwunden".

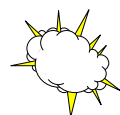
Es sollte noch knapp zwei Jahre dauern, bis der Atommüll aus Karlsruhe und anderen deutschen Atom-Standorten per Eisenbahn ins Bergwerk Ass gekarrt wurde. Offiziell galt es immer noch als ein Versuch, de facto war es eine Endlagerung. Denn die heute 125.787 Fässer - davon knapp die Hälfte aus der WAK Karlsruhe - mit angeblich nur schwach- und mittelstarke radioaktiven Abfall werden voraussichtlich nie mehr das einsturzgefährdete Bergwerk verlassen können.

Rheinpfalz vom 13.9.08

Bund muss für Atomlager zahlen

Die Kosten für die Beseitigung der Missstände im Atommülllager Asse muss der Steuerzahler tragen. Die Vertragslage sei eindeutig, die finanzielle Verantwortung liege beim Bund, sagte Umweltminister Sigmar Gabriel gestern bei einer Anhörung im Bundestag. Man könne lediglich versuchen, an die moralische Verantwortung der Energieversorgungsunternehmen zu appellieren. Die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Bildung, Forschung und Folgentechnikabschätzung war von den Grünen beantragt worden. In dem ehemaligen Salzbergwerk Asse lagern seit 1967 rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Müll. Weil seit Jahren Salzwasser in den Stollen einbricht, gilt es als einsturzgefährdet. Zudem wurde radioaktiv verseuchte Salzlauge entdeckt.

Rheinpfalz vom 17.9.08



Atomarer Störfall in Belgien

In der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag haben die belgischen Behörden einen Störfall in einem Institut für Radioelemente in Fleurus gemeldet. Der Störfall wurde vorläufig in die INES-Stufe 3 (Ernster Störfall, sehr geringe Freisetzung: Strahlenexposition der Bevölkerung in Höhe eines Bruchteils der natürlichen Strahlenexposition) eingestuft. In dieser Anlage werden Radioisotope für die medizinische Therapie hergestellt. Eine „ECURIE-Meldung“ informierte darüber, dass im nord-östlichen Sektor der Anlage bis zu einer Entfernung von 5 Kilometern vorsorglich Einschränkungen für den Genuss von Nahrungsmitteln wie Frischmilch, Früchte und Gemüse ausgesprochen worden seien.

Das rheinland-pfälzische Umweltministerium hat unverzüglich die automatischen Radioaktivitätsmessstellen im Land abgerufen. Es wurde keine Erhöhung der Radioaktivität in der Umwelt festgestellt.

Nach Mitteilung des Bundesumweltministeriums sind aufgrund der geringen Freisetzungsmengen und der Entfernung zur deutschen Grenze keine radiologisch relevanten Auswirkungen zu erwarten, die Vorsorgemaßnahmen erforderlich machen würden. Es wurden daher vom hierfür zuständigen BMU keine Maßnahmen gemäß dem Strahlenschutzvorsorgegesetz veranlasst.

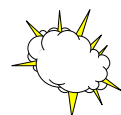
Ministerin Conrad erklärt hierzu: „Dies ist ein schwerer Störfall mit hochradioaktiven Stoffen. Umso mehr erstaunt es, dass über diesen Störfall, der sich bereits vor einigen Tagen ereignet hat, erst jetzt informiert wird. Ich habe daher das Bundesumweltministerium gebeten, bei den zuständigen belgischen Behörden Aufklärung über Entstehung und Ablauf des Störfalls, die getroffenen Maßnahmen und die Gründe für die verzögerte Information der deutschen Behörden zu verlangen. Außerdem habe ich das Bundesumweltministerium gebeten, eine Bewertung der Abläufe vorzunehmen.“

Das ist bekannt:

Heute meldete das Bundesumweltministerium (BMU) an alle Bundesländer, dass sich am 25.08.2008 im Institut für Radioelemente im belgischen Fleurus ein Störfall ereignet habe. Fleurus liegt 120 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Bei diesem Störfall seien 45 Gigabecquerel Iod-131 über die Abluft freigesetzt worden. Diese Freisetzung könnte nach Mitteilung des BMU am Zaun des Betriebsgeländes im ungünstigsten Fall eine Dosis von 160 Mikrosievert hervorrufen (etwa ein Zehntel der jährlichen natürlichen Strahlenexposition). Die belgische Atomaufsichtsbehörde habe daraufhin die Einstellung des Betriebs in dieser Anlage veranlasst.

Hintergrundinformationen:

Das belgische Institut für Radioelemente in Fleurus stellt Radioisotope für die medizinische Therapie her. Iod-131 wird insbesondere für die Therapie von Schilddrüsenerkrankungen eingesetzt.



Am 25.08. um 17.30 Uhr seien laut BMU die belgischen Atomaufsichtsbehörde AFCN vom Betreiber informiert worden, dass es über das Wochenende (23. bis 24.08.) eine Erhöhung der Iod-Ableitungen über den Fortluftkamin gegeben habe. Diese Freisetzung stehe im Zusammenhang mit Umfüllarbeiten an Tanks für flüssige radioaktive Abfälle. Die Ursache für die Freisetzung sei noch nicht geklärt. Die Umstände wiesen aber auf ein zeitweises Versagen der Iodfilter im Abluftkamin hin. Das belgische Messnetz TELERAD habe in dieser Zeit keine Erhöhung des Strahlenpegels in der Umgebung feststellen können.

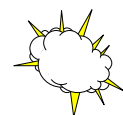
Herausgeberin: Staatsministerin Margit Conrad

Kritik an Forderung nach Atomausstieg

"Mit großer Enttäuschung und Entrüstung" habe die Belegschaft des Atomkraftwerkes in Biblis auf Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann reagiert. "Es geht nicht nur um unsere eigenen rund 700 Arbeitsplätze, es geht auch um tausende Jobs in der Region, in der Zulieferindustrie und bei rund 1000 Fremdfirmen, die mittelbar von unserer Anlage abhängig sind", hält Bernd Klingenmeier, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, dem Bundestagsabgeordneten vor.

Der SPD-Politiker hatte in der AZ gefordert, die Blöcke A und B möglichst rasch zu schließen und am Atomausstieg festzuhalten. Hagemann hält die Nutzung der Atomkraft für gefährlich und unverantwortlich. "Glauben Sie ernsthaft, dass die Kollegen hier und an anderen Standorten in ständiger Angst leben und ihre Tätigkeiten für unverantwortlich halten?", fragt Klingenmeier und wirft Hagemann vor, mit "längst widerlegten Argumenten" zu arbeiten. So stehe nirgendwo im Atomkonsens geschrieben, dass Block A zum 1. Januar 2009 abgeschaltet werden müsse. Dieser Reaktor werde vielmehr dann vom Netz gehen, wenn die Reststrom-Menge in Abhängigkeit von Revisionen und Kraftwerkseinsatz verbraucht sei. Den RWE-Verantwortlichen in Biblis bei der Revisionsplanung legale "Tricksereien" vorzuwerfen, bezeichnet Klingenmeier als "merkwürdig".

Jegliche vorzeitige Stilllegung belaste die Volkswirtschaft mit Milliardenbeträgen verllorener Wertschöpfung. "Dagegen dämpft eine Laufzeitverlängerung auf international übliche 50 bis 60 Jahre die Strompreisentwicklung. Würden wir bis 2020 die Kernkraftwerke, die rund ein Sechstel der deutschen Kraftwerksleistung und rund die Hälfte des Grundlaststroms bereitstellen, vom Netz nehmen, wären Kapazitätsknappheit und steigende Strompreise die unweigerliche Folge", hält der Betriebsrat Hagemann vor. Da Deutschland auch zukünftig nicht ohne Grundlaststrom auskomme, bräuchte man als Ersatz Kraftwerke, die mit Kohle oder Gas gefeuert würden. "Statt das Klima zu schützen, würden wir mehr CO₂ ausstoßen", argumentiert der Betriebsrat. Außerdem sei die Endlagerung technisch gelöst. "Die weitere Erkundung Gorlebens wird nur politisch blockiert." Die Vorgänge in der Schachtanlage Asse bedürften der dringenden Aufklärung durch den Betreiber, den Bund, räumt Klingenmeier ein. Das Endlager in Gorleben liege jedoch in einem tektonisch sehr ruhigem Gebiet und sei als Salzstock über Millionen



von Jahren unberührt. Wassereinbrüche wie in Asse seien "nach Expertenmeinung" ausgeschlossen. Im Übrigen sei mit den Rückstellungen des Unternehmens längst ausreichende finanzielle Vorsorge für die Entsorgung getroffen. "Auf den Kunden werden keine zusätzlichen Kosten zukommen", kontert der Betriebsrat auch in diesem Punkt.

Im Übrigen hätten die Betreiber angeboten, die Gewinne der Laufzeitverlängerung zu teilen. "Es liegt nun an der Bundesregierung, Gespräche mit den Energieversorgern zu führen u. verbindliche Vereinbarungen zu treffen." Es sei wünschenswert, wenn sich die SPD auf der Arbeitnehmerseite wieder finden würde. Klingenmeier lud Hagemann deswegen nach Biblis ein. Viele der Kollegen würden übrigens auf dessen Rheinseite wohnen und von einem gewählten Bundestagsabgeordneten "mehr Objektivität" erwarten.

Roland Keth vom 18.08.2008

Kommentar:

„Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Selten passte dieser alte Spruch so gut auf die Aussagen des Biblis-Betriebsrates. Wenn „Objektivität“ mit „Meinung“ verwechselt wird, ist auch „Verständnis“ dafür aufzubringen, wenn die Entsorgung von Kernkraftwerken als „sicher“ bezeichnet wird. Es steht nicht zu bezweifeln, dass man „Experten“ finden wird, die dies bestätigen, denn für die gilt der gleiche alte Spruch.

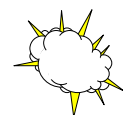
Michael Carl

Horrende Kosten für neue Atommeiler

Die US-amerikanische Atomindustrie muss Kostenexplosionen verdauen. Die nächste Generation von Atomkraftwerken würde - falls sie gebaut wird - Investoren und Betreiber teuer zu stehen kommen. Das Wall Street Journal spricht von einem regelrechten »Preis-Schock«. Kostenschätzungen der bisher nur auf dem Reißbrett existierenden Atommeiler hätten sich »verdoppelt bis vervierfacht« schreibt das Blatt in einem im Mai erschienenen Report. Danach würden sich die Investitionen für einen Atommeiler der neuen Generation je nach Standort und beauftragtem Unternehmen auf bis zu 12 Milliarden Dollar belaufen. »Die Eskalation bei den Preisen ist ernüchternd, weil Industrie und Aufsichtsbehörden hart gearbeitet haben, um die Neuentwicklungen wirtschaftlicher zu machen«, heißt es weiter.

Den jetzt bekannt gewordenen Zahlen waren monatelange Verhandlungen vorausgegangen. Die Kosten hätten selbst die schlimmsten Erwartungen übertroffen, zitiert das Blatt Jim Hempstead, einen Spezialisten für Großprojekte und Direktor bei Moody's Investors. Besonders schlecht schneidet der US-Konzern General Electric ab. Dessen Reaktordesign für einen möglichen Standort im Südosten Floridas könnte 12 Milliarden Dollar kosten, während die Konkurrenz von Toshiba mit »nur« 6 bis 9 Milliarden auskommen will. In den USA ist seit den 70er Jahren kein Atomkraftwerk mehr in Auftrag gegeben worden.

Zeozwei 02.08



Grüne im Konflikt: Ja zu Kohlekraftwerk

Umweltverbände laufen gegen die umstrittene Entscheidung für das Steinkohlekraftwerk Hamburg-Moorburg Sturm. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) will gegen die von Hamburgs grüner Umweltsenatorin Anja Hajduk erteilte Genehmigung klagen. Zwar begrüßt der BUND die Auflagen für den Kraftwerksbau im Süden der Stadt. Der Betrieb des gigantischen Kohlekraftwerks "ist mit dem Schutz der Elbe und einer modernen Klimapolitik aber nicht zu vereinbaren, sagte BUND-Chef Hubert Weiger.

Die Grünen-Spitzenpolitiker Jürgen Trittin und Reinhard Bütikofer stärkten ihrer Parteikollegin Hajduk den Rücken. Die Umweltsenatorin verteidigte die Genehmigung während einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft.

Hajduk sagte, dass sie das Kraftwerk aus rechtlichen Gründen genehmigen musste. Sie und ihre Partei hätten gehofft, das Kraftwerk über die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verhindern zu können. Dem habe sich das Oberverwaltungsgericht Hamburg nicht angeschlossen. "Deshalb und mit Blick auf das erhebliche Entschädigungsrisiko habe ich mich entschieden, mich der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts zu fügen", erklärte Hajduk.

Politisch sei dies eine Niederlage, die so nicht mehr geschehen dürfe. Deshalb werde ihre Partei im Bundestagswahlkampf eine Änderung des Bundesemissionsschutzgesetzes thematisieren.

Der Energiekonzern Vattenfall darf laut der Genehmigung ein Kohlekraftwerk mit einer elektrischen Bruttoleistung von 1654 Megawatt und bis zu 650 Megawatt Fernwärmeauskopplung bauen. Auflagen sehen aber vor, dass der Betrieb voraussichtlich an durchschnittlich 250 Tagen im Jahr gedrosselt werden muss. Der Konzern will die Entscheidung zu dem mehr als zwei Milliarden Euro teuren Projekt prüfen.

Hamburgs Grünen-Chefin Katharina Fegebank machte sich für einen Verbleib im ersten schwarz-grünen Bündnis auf Landesebene stark. Mit Blick auf die für den 9. Oktober anberaumte Mitgliederversammlung sagte sie: "Wir als Landesvorstand werden dafür werben, in der Koalition zu bleiben und hoffen auch, dass uns die Mitglieder und die Basis folgen werden."

Rhein-Zeitung vom 2.10.08

Weitere Förderung der Saarkohle bis 2012

Die saarländische Landesregierung genehmigte gestern unter erheblichen Auflagen den Steinkohlebergbau unter Reisbach bei Saarlouis. Der Abbau im Flöz Wahlschied ist die Voraussetzung dafür, dass der Ausstieg aus dem Bergbau an der Saar bis 2012



sozialverträglich, das heißt: ohne betriebsbedingte Kündigungen der noch 3500 Bergleute, gestaltet werden kann. Ministerpräsident Peter Müller (CDU) sprach von einem Interessensausgleich zwischen den Bergleuten und den mit Schäden an ihren Häusern Bergbaubetroffenen. Saarwellingens Bürgermeister Philippi kündigte an, gegen die Genehmigung zu klagen. Der Abbau soll am 1. Oktober beginnen.

Rheinpfalz vom 17.9.08

Gabriel verheimlicht brisante Klima-Studie

Die vom Umweltministerium in Auftrag gegebene "Leitstudie 2008" zur Energieversorgung soll belegen, dass der Neubau von Kohlekraftwerken die Klimaziele gefährdet.

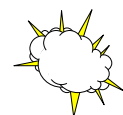
Die Bundesregierung kann ihre Klimaschutzziele nur noch erreichen, wenn keine weiteren Kohlekraftwerke gebaut werden. Das sagt nicht nur Greenpeace - zu diesem Ergebnis kommt auch die Leitstudie 2008 des Bundesumweltministeriums. Sie wurde am Donnerstag ganz still auf die BMU-Homepage gestellt. Die übliche Pressekonferenz fiel aus. Nicht weiter verwunderlich ...

Die Leitstudie steht in auffälligem Widerspruch zur Klimapolitik des Umweltministers. Sie empfiehlt, bei den fossilen Brennstoffen übergangsweise auf Erdgas für die Stromproduktion auszuweichen. Der Mehrverbrauch sei durch Einsparungen von Gas im Wärmebereich auszugleichen. Sigmar Gabriel dagegen setzt sich beharrlich für den Bau weiterer Kohlekraftwerke ein. Kohle ist unbestritten der klimaschädlichste aller fossilen Brennstoffe.

Gabriel wird von seinen eigenen Gutachtern Lügen gestraft, erklärt Andree Böhling, Energieexperte von Greenpeace. Kein Wunder, dass er die Studie stillschweigend auf seiner Internetseite zu verstecken versucht, anstatt sie auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorzustellen.

Die Bundesregierung will die Klimagasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent senken. Die Einzelziele, die dahin führen sollen, sind im Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm (IKEP) zusammengefasst.

Die Leitstudie kommt zu dem Ergebnis, dass viele dieser im IKEP beschlossenen Ziele nicht erreicht werden können. Nach Ansicht der Gutachter vom Deutschen Institut für Luft- und Raumfahrt (DLR) sind zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen notwendig. So müssen die schwachen Gesetze nachgebessert werden, die bis 2020 zu einer elfprozentigen Reduzierung des Stromverbrauchs führen sollen. Auch der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent bis 2020 ist mit dem Gesetz der Regierung nicht zu erreichen.



Greenpeace hatte darauf zuletzt im Juni dieses Jahres mit einer Bewertung der Meseberg-Beschlüsse hingewiesen. Herr Gabriel sollte endlich die Fakten der Wissenschaftler zur Kenntnis nehmen und aufhören, den Menschen neue Kohlekraftwerke als gelebten Klimaschutz zu verkaufen. Sonst wird der Umweltminister am Ende selbst zur größten Gefahr für den Klimaschutz, so Böhling. Angesichts der dramatischen Beschleunigung des Klimawandels muss man von einem Umweltminister erwarten, dass er aufschreit, wenn die Bundesregierung beim Klimaschutz nicht mehr auf Kurs ist. Gabriel drückt sich aber vor den Fakten und versucht, die Dinge weiter schönzureden. Das ist skandalös!

Grünen-Chef Reinhard Bütikofer sprach angesichts der Leitstudie von einer "Ohrfeige" für den Umweltminister. Gabriels Bereitschaft, beim Klimapaket der Bundesregierung "immer wieder einzuknicken", gefährde die von ihm selbst verkündeten Ziele, erklärte Bütikofer in Berlin.

www.sonnenseite.com; 18. Oktober 2008

Rasante Zunahme der Klimagase

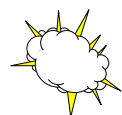
Weltweit steigt der Ausstoß an Klimagasen dramatisch: China hat die USA einer Studie zufolge als weltweit größter Verursacher von klimaschädlichem Kohlendioxid überholt.

Die Volksrepublik habe vergangenes Jahr 1,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (CO₂) aus fossilen Brennstoffen ausgestoßen, die USA 1,59 Milliarden Tonnen, heißt es in einer gestern in Washington und Paris vorgestellten Studie des Global Carbon Projects (GCP). Die Daten stammen vom Ölkonzern BP und den Vereinten Nationen und wurden von acht Wissenschaftlern ausgewertet.

Entwicklungsländer sind demnach mittlerweile für mehr als die Hälfte des weltweiten CO₂-Ausstoges verantwortlich. Waren die entwickelten Länder noch bis 2005 Hauptverursacher des menschengemachten CO₂-Ausstoges, wuchs der Anteil der Entwicklungsländer bis 2007 auf 53 -Prozent. Die Wissenschaftler befürchten: Die vor anderthalb Jahren vom Weltklimarat IPCC vorgestellte Prognose, die bei unverändertem Gasausstoß im schlimmsten Fall bis 2100 einen Anstieg der Welt-Durchschnittstemperatur um bis zu 6,3 Grad voraussagte, könnte wegen des rapiden Anstiegs der Klimagase sogar noch übertroffen werden. Der CO₂-Anteil in der Atmosphäre hat mit 383 Teile pro Million gemessener Teile in der Luft einen Wert erreicht, der so hoch liegt wie seit Millionen Jahren nicht mehr.

2009 findet in Kopenhagen die entscheidende Klimakonferenz statt: Bis dahin soll versucht werden, auch die USA und die großen Schwellenländer für Reduktionsziele bei den Treibhausgasen zu gewinnen.

Rheinpfalz vom 27.9.08



Klimawandel schneller als befürchtet

Der Klimawandel schreitet nach Worten von Wissenschaftlern schneller voran als befürchtet. Angesichts eines steigenden Treibhausgasausstoßes und eines beschleunigten Meeresspiegelanstiegs forderten Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sowie namhafte Forscher gestern mehr Tempo im Kampf gegen den Klimawandel. Gabriel wies Forderungen aus der Wirtschaft und CDU/CSU zurück, wegen der Finanzkrise beim Klimaschutz eine Pause einzulegen. Für die kommende Wahlperiode kündigte er weitere Energiespar Schritte an.

Der Klimaforscher und Berater von Kanzlerin Angela Merkel, Prof. Hans Joachim Schellnhuber, nannte die Lage dramatisch. Ähnlich äußerten sich der Meteorologe Prof. Jochem Marotzke (Hamburg) und der Klimaökonom Prof. Gernot Klepper vom Kieler Institut für Weltwirtschaft.

Dringend eingehalten werden müssten die Ziele großer Industrieländer, "die schädlichen Treibhausgase bis 2050 zu halbieren und bis Ende des Jahrhunderts aus der CO₂-Produktion komplett auszusteigen", bekräftigte Schellnhuber, Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Nur dann sei das Ziel noch erreichbar, die Erderwärmung bis 2100 auf beherrschbare zwei Grad Celsius begrenzen zu können.

Nach verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen sei bis zum Ende des Jahrhunderts mit einem Meeresspiegelanstieg von einem Meter zu rechnen. Hauptgrund sei ein beschleunigtes Abschmelzen der Himalaya-Gletscher und des Grönland-Eisschildes. Allein 20 Prozent der weggebrochenen Grönland-Eismenge gehe auf Kohlekraftwerke in China zurück.

Der Weltklimabericht 2007 geht von einem Meeresspiegelanstieg von 18 bis 59 Zentimetern bis zum Ende des Jahrhunderts aus. Der Weltklimarat habe für den Bericht die Erkenntnisse bis zum Jahr 2005 ausgewertet, so Schellnhuber. In den vergangenen Jahren habe sich die Eisschmelze erheblich verstärkt.

Allgemeine Zeitung Mainz; 10. Oktober 2008

Vorsicht vor Schummelstrom!

"Atomausstieg selber machen" warnt vor verdeckten Angeboten der Atomkonzerne

Ob Entega, Eprimo oder Naturenergie - unter neuen Namen versuchen die vier marktbeherrschenden Energiekonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW ihr ausgedehntes Konzerngeflecht zu verbergen. Dem Kunden wird ein Wettbewerb auf dem Strommarkt vorgetäuscht, der kaum existiert. Wechselwillige Stromkunden landen immer wieder bei denselben Konzernen.



Häufig bieten die Tochterfirmen auch vermeintlichen Ökostrom an. Für die Umwelt bringt dies wenig, festigt aber die Macht der Konzerne. Entega hat nun vollmundig angekündigt bis 2009 der "größte Ökostromanbieter Deutschlands" werden zu wollen. "Der Ökostrom von Entega ist Schummelstrom", meint Florian Noto, Sprecher von "Atomausstieg selber machen". Die Vertriebsgesellschaft Entega verkaufe den Strom der HEAG Südthüringische Energie (HSE). "Die HSE gehört zu 40 Prozent der Thüga AG, die Teil des Eon-Konzerns ist", erklärt Noto. "Wer bei Entega Ökostrom kauft, finanziert somit wieder die Geschäfte und die Politik von E.ON." E.ON ist in Deutschland an elf Atomkraftwerken beteiligt, plane vier neue Kohlekraftwerke und habe im Jahr 2007 über fünf Milliarden Euro Gewinn gemacht. Über das hundertprozentige Tochterunternehmen Thüga halte E.ON Anteile an insgesamt 110 regionalen Energieversorgern, die in die Strategie des Mutterkonzerns eingebunden seien.

Anke Siegert von der GRÜNEN LIGA rät, sich für einen unabhängigen Stromanbieter zu entscheiden. "Wer für Ökostrom bezahlt, will sicher nicht, dass das Geld wieder bei den vier marktbeherrschenden Atomkonzernen landet." Als bundesweit verfügbare Alternative kämen nur die Ökostromanbieter Lichtblick, Greenpeace Energy, Naturstrom und EWS Schönau in Frage, die ihren Strom aus unabhängigen Quellen beziehen. Diese vier Versorger werden von "Atomausstieg selber machen" empfohlen, einem Bündnis von 21 Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen.

Ähnliche Strategien wie E.ON verfolgen auch die anderen Energiekonzerne. RWE hat mit eprimo einen sogenannten Energiediscounter gegründet, der einen "PrimaKlima"-Tarif anbietet. PrimaKlima ändere an der Stromzusammensetzung des RWE-Konzerns "überhaupt nichts", so Siegert. EnBW binde über die Tochterfirma NaturEnergie AG umweltbewusste Stromkunden, die sich eigentlich von dem Atomkonzern trennen möchten.

Nach Ansicht von "Atomausstieg selber machen" treiben die "offensichtliche Gier", die Atommüll-Skandale in Asse und Morsleben und die Pläne für Dutzende neue Kohlekraftwerke immer mehr Stromkunden weg von den vier marktbeherrschenden Energiekonzernen. Das Bündnis hatte sich 2006 gegründet und wird von 21 Organisationen getragen: .ausgestrahlt, Bund der Energieverbraucher, BBU, BI Lüchow-Dannenberg, BUND, Campact, DNR, DUH, Forum Umwelt und Entwicklung, genanet, Greenpeace, Grüne Liga, IPPNW, Jugendbündnis Zukunftsenergie, KLAR, Mütter gegen Atomkraft, NaturFreunde, NABU, Robin Wood, urgewald und WWF.

Pressemitteilung vom Bündnis "Atomausstieg selber machen", 22. Oktober 2008

